

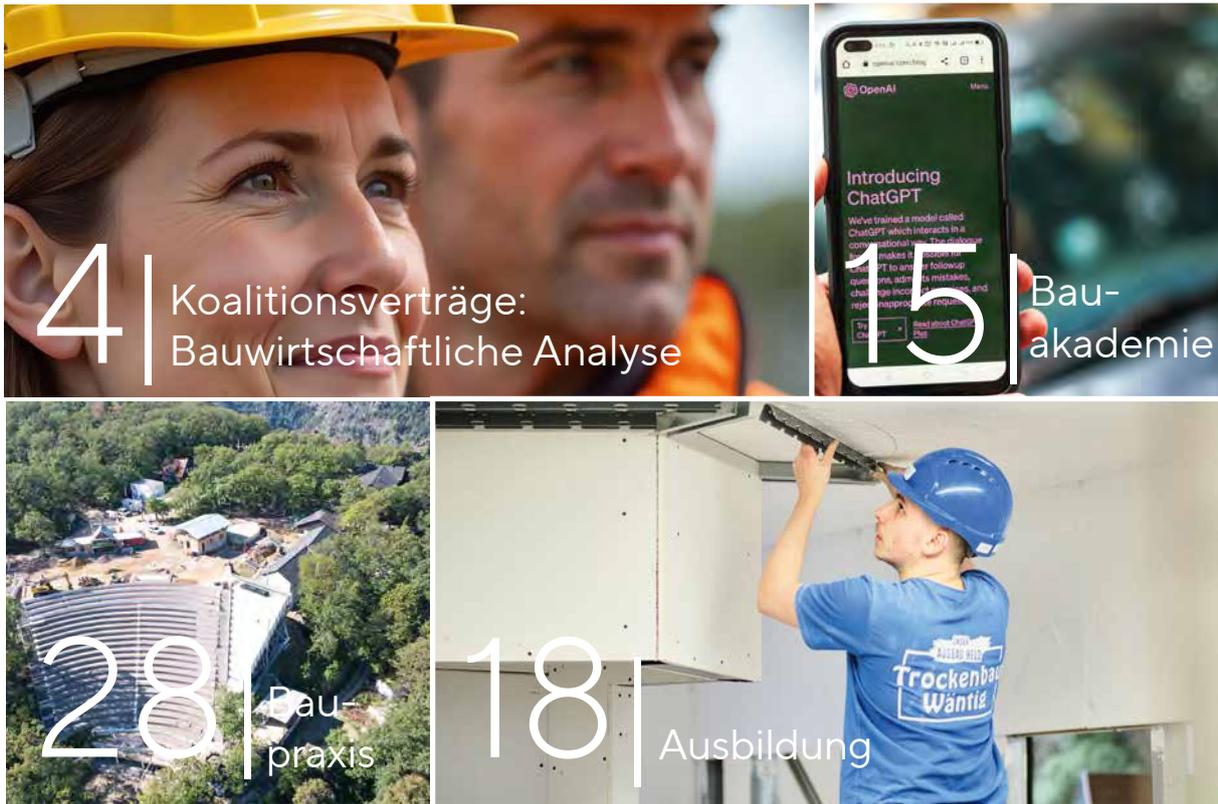
BAU > INDUSTRIE
Ost

> BiB

BAU IM BLICK

01 | 2025

Analyse der Koalitionsverträge in Sachsen und Brandenburg
Drei Fragen an die Ministerpräsidenten
Blitzumfrage des Bauindustrieverbandes Ost
Neujahrsempfang 2025
Baupraxis im Harzer Bergtheater



Inhalt

TOP-THEMA KOALITIONSVERTRÄGE

Bauwirtschaftliche Analyse	4
----------------------------	---

MEINUNG

Politischer Umbruch im Osten: Vom Stillstand zum Aufbruch!	7
---	---

NACHGEFRAGT

Drei Fragen an Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg	8
Drei Fragen an Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen	9

BAU IM BLICK

Neujahrsempfang 2025	10
Ergebnis Blitzumfrage des BIVO	12
Scan-to-BIM	14
E-Learning-Kurs zu ChatGPT in der Baubranche	15
Präsidiums- und Beiratsklausur	16

AUSBILDUNG UND NACHWUCHSSUCHE

Aus den Ausbildungszentren	17
In Schneeberg werden Helden ausgebildet	18

LÄNDERSPIEGEL

Brandenburg Überblick Kabinettsmitglieder des Landes Brandenburg 2024-2029	20
Sachsen Überblick Kabinettsmitglieder des Freistaates Sachsen 2024-2029	22

Berlin Schneller-Bauen-Gesetz – Verabschiedung im Abgeordnetenhaus	24
Berlin Nachtragshaushalt 2025	24
Brandenburg Verwaltung trifft Wirtschaft	24
Brandenburg Konstituierung des Sonderausschusses Bürokratieabbau	25
Sachsen Wohnungsbau in Sachsen: Staatministerin Kraushaar debütiert im Landtag	25
Sachsen-Anhalt Gespräch mit den Landesbauverwaltungen	26
Sachsen-Anhalt Sachsen-Anhalt steht vor Novelle des Vergabegesetzes	26

AKTUELLE RECHTSPRECHUNG

Verjährung des Anspruchs auf Bauhandwerkersicherung beginnt taggenau mit der Geltendmachung und nur in der jeweils geforderten Sicherheitshöhe zu laufen!	27
---	----

BAUPRAXIS

Harzer Bergtheater: Umbau für eine neue Ära der Kultur im Herzen des Harzes	28
--	----

WISSENSCHAFT & FORSCHUNG

Digitale Zwillinge für eine vorausschauende Instandhaltung von Brücken	30
---	----

AUS DEM VERBAND

	32
--	----

BAUKONJUNKTUR IN ZAHLEN

	34
--	----

Liebe Leserinnen und Leser der »Bau im Blick« ,

bei der Betrachtung der baukonjunkturellen Entwicklung blicken wir auf ein Jahr zurück, das alles andere als einfach war. Die anhaltende Schwäche der Baukonjunktur zu Beginn des Jahres 2024 setzte sich fort und stabilisierte sich zum Jahresende zumindest auf einem niedrigen Niveau. So bleiben Wohnungs- und Wirtschaftsbau weiter unter Druck und steigende Finanzierungskosten und unsichere Marktbedingungen hemmen weiterhin die Investitionsentscheidungen. Gleichzeitig hallt der tragische Teileinsturz der Carolabrücke in Dresden auch Monate später im Jahr 2025 mit besonderer Drastik in der Öffentlichkeit nach und verdeutlicht eindringlich die Notwendigkeit längst überfälliger Investitionen in unsere Infrastruktur.

Vor diesem Hintergrund beleuchtet unsere erste Ausgabe der »Bau im Blick« im Jahr 2025 die aktuellen politischen und konjunkturellen Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Bauwirtschaft. Eines der zentralen Themen sind die neuen Koalitionsverträge in Sachsen und Brandenburg, die mit Schwerpunkten auf Infrastruktur, Wohnungsbau, Digitalisierung und Vergabegesetz für unsere Branche analysiert werden. Im Weiteren präsentieren wir Ihnen die detaillierten Ergebnisse unserer aktuellen Blitzumfrage zur wirtschaftlichen Lage. Zudem stellen wir mit Points2BIM ein innovatives Start-up vor, berichten über unseren Neujahrsempfang 2025 und geben Ihnen einen umfassenden Überblick zu den neuen Kabinettsmitgliedern in Sachsen und Brandenburg. Außerdem wurde in dieser Ausgabe ein besonderer Fokus auf die Thematik der Fachkräfteentwicklung gelegt. Das Interview mit unserem Mitglied Trockenbau Wäntig GmbH beleuchtet neue Bildungswege, während wir mit der Initiative »Ausbauheld« die Bedeutung einer starken beruflichen Ausbildung hervorheben.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche und interessante Lektüre und hoffe, Ihnen mit den vorliegenden Analysen und Hintergrundinformationen wertvolle Einblicke in die aktuellen Herausforderungen und Chancen unserer Branche geben zu können.



Dr. Robert Momberg
Hauptgeschäftsführer

Mit besten Grüßen

Ihr Dr. Robert Momberg

**Wohnungs-
und Wirtschaftsbau
bleiben weiter
unter Druck**



➤ **Koalitionsverträge
Sachsen und Brandenburg:
Bauwirtschaftliche
Analyse**

Die neuen Koalitionsverträge in **Sachsen** und **Brandenburg** markieren Weichenstellungen für die Bauwirtschaft für die kommenden fünf Jahre. Nachfolgend finden Sie eine Zusammenfassung der zentralen Maßnahmen mit Bewertung aus Sicht der Bauindustrie.

Nachhaltigkeit

Beide Länder setzen verstärkt auf klimafreundliches Bauen und nachhaltige Baustoffe. **Sachsen** fördert weiterhin die Holzbauoffensive und plant die Entwicklung eines Holzbaukompetenzzentrums. Ferner wird mit der Bundesinitiative »Living Art of Building« (LAB) ein Forschungszentrum für klimaneutrales Bauen unterstützt. Schließlich sollen Brachland und Baulücken für klimaeffizientes Bauen genutzt werden. **Brandenburg** verfolgt ähnliche Ziele, insbesondere durch die flächendeckende Einführung der digitalen Baugenehmigung sowie die Fortfüh-

rung des Kompetenzzentrums für nachhaltiges Bauen soll die Effizienz der nachhaltigen Projekte gesteigert werden.

Bewertung:

Die Ansätze sind vielversprechend, um den Übergang zu klimaneutraler Bauweise voranzutreiben. Allerdings sind klare Förderkulissen und die Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte notwendig, um das Thema nachhaltiges Bauen attraktiv zu machen und die ambitionierten Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Fachkräftesicherung

Die Fachkräftestrategie ist in beiden Ländern ein zentrales Anliegen. **Sachsen** plant, die Fachkräftestrategie 2030 zu überarbeiten, Schulabbrecherquoten zu senken und gezielt Arbeitskräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Zudem sollen Sprachförderung für Menschen mit Migrationshintergrund und Anwerbeprogramme intensiviert werden. Ferner soll auch das Arbeitszeitgesetz modernisiert werden, um die Attraktivität des Arbeitsmarktes zu erhöhen. **Brandenburg** setzt verstärkt auf die Zusammenarbeit mit Hochschulen und will Fachkräfte aus der Region und dem Ausland für den Standort gewinnen. Gleichzeitig sollen Weiterbildungs-

programme für die ansässigen Bürger sowie Anwerbeprogramme für ausländische Fachkräfte ausgebaut werden.

Bewertung:

Die geplanten Maßnahmen sind notwendig, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Besonders positiv ist die gezielte Integration von Hochschulen und die Förderung internationaler Fachkräfte. Kritisch sehen wir jedoch mögliche Belastungen durch eine Verkürzung der Arbeitszeit in **Sachsen**, die die ohnehin knappen Ressourcen weiter strapazieren könnte.

Infrastruktur

Die Infrastrukturpläne **Sachsens** und **Brandenburgs** setzen auf die Strategie Erhalt vor Neubau, ergänzt durch gezielte Modernisierungsprojekte. Sachsen strebt den Ausbau der Schieneninfrastruktur an, insbesondere der Strecken Chemnitz-Leipzig, Dresden-Görlitz und der Neubaustrecke Dresden-Prag. Ein Sonderprogramm für Großprojekte und Brückenbau soll zusätzliche Impulse setzen. Brandenburg fokussiert sich auf die Sanierung der Landesstraßen und deren Abstufung in Zusammenarbeit mit den Kommunen, ergänzt durch Pauschalen für ihre Instandhaltung.

Bewertung:

Während beide Länder in den Erhalt der bestehenden Infrastruktur zu investieren gedenken, bleibt unklar, wie der steigende Neubaubedarf gedeckt werden soll. Zudem bleibt festzuhalten, dass die geplanten Maßnahmen den Substanzverzehr der Infrastruktur nicht adäquat angehen, geschweige denn beheben. Positiv zu bewerten ist die Schwerpunktsetzung auf Großprojekte/Brückenbau in **Sachsen**, die eine längst überfällige Modernisierung der Infrastruktur verspricht. Ferner bedarf der Ansatz **Brandenburgs** zur Abstufung von Landesstraßen einer sorgfältigen Umsetzung, um finanzielle Risiken für die Kommunen zu vermeiden.

Vergabegesetz

Sachsen plant ein bürokratiearmes Vergabegesetz, das Unternehmen entlastet und auf Eigenklärungen setzt. Die Schwellenwerte für Bauleistungen sollen auf 155.000 Euro angehoben werden. Gleichzeitig wird die Vergabe an ausbildende Unternehmen gefördert. Ab 2027 soll zudem ein Vergabemindestlohn mit 15 Prozent über dem gesetzlichen Mindestlohn eingeführt werden. **Brandenburg** führt eine Tariftreuevereinbarung ein, gekoppelt an einen Vergabemindestlohn von 15 Euro. Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll stärker an soziale und tarifliche Kriterien gebunden werden.

Bewertung:

Sachsen überzeugt mit einem klaren Fokus auf Bürokratieabbau, höheren Schwellenwerten und der Förderung von Ausbildungsbetrieben, was die Fachkräftegewinnung stärkt. **Brandenburg** punktet mit der Stärkung der Tarifbindung, die die Tarifautonomie aufwertet und als positives Signal an die Bauwirtschaft verstanden wird. Kritisch zu bewerten sind jedoch die geplanten Vergabemindestlöhne: In Sachsen 15 % über dem gesetzlichen Mindestlohn ab 2027 und in Brandenburg 15 Euro, die zu einer erheblichen finanziellen Belastung der Unternehmen und zu einem erhöhten bürokratischen Kontrollaufwand führen dürften.

Digitalisierung

Beide Länder erkennen die Digitalisierung als zentralen Hebel zur Entbürokratisierung. **Sachsen** möchte Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter digitalisieren und bestehende Vorschriften optimieren, um Prozesse zu beschleunigen. **Brandenburg** will zudem die digitalen Baugenehmigungen flächendeckend einführen und die positiven Erfahrungen des »virtuellen Bauamtes« auf Landesebene ausweiten.

Bewertung:

Die Digitalisierung der Planungs- und Genehmigungsverfahren in **Sachsen** und **Brandenburg** wird von der Bauwirtschaft positiv bewertet. Insbesondere die flächendeckende Einführung der digitalen Baugenehmigung in Brandenburg setzt Maßstäbe. Erfreulich bleibt, dass die Notwendigkeit der Digitalisierung der Verwaltungen in beiden Bundesländern erkannt und angestrebt wird, es bleibt jedoch abzuwarten, wie klare Zeitpläne und finanzielle Mittel dafür aussehen.

Wohnungsbau

Sachsen setzt auf die Vereinfachung von Bauprozessen und die Nutzung von Baulücken, ergänzt durch geplante baurechtliche Änderungen zur Beschleunigung und Kostensenkung. Der Gebäudetyp E und klimaneutrale Modellprojekte stehen dabei im Fokus. Zusätzlich wird »Innen- vor Außenentwicklung« priorisiert, um Freiflächen und Randlagen besser zu nutzen. **Brandenburg** konzentriert sich auf das »Bündnis für Wohnen«, das den sozialen Wohnungsbau stärkt und den Dialog fördert. Geplant sind eine Novellierung der Bauordnung für modulare Bauweisen, flächendeckende digitale Baugenehmigungen und die Weiterentwicklung nachhaltigen Bauens.

Bewertung:

Aus Sicht der Bauindustrie bietet **Sachsen** mit dem Fokus auf effizientere Bauprozesse und die Erschließung neuer Flächenpotenziale durch Baulücken und den Gebäudetyp E einen vielversprechenden Ansatz, um den Wohnungsbau anzukurbeln. Allerdings bleibt die genaue Umsetzung geplanter baurechtlicher Änderungen unklar, was für Bauunternehmen Planungsunsicherheit schafft und das Ziel der Kostensenkung gefährden könnte. **Brandenburg** setzt mit dem »Bündnis für Wohnen« stark auf soziale Wohnraumförderung und zukunftsorientierte Ansätze wie modulare Bauweisen und digitale Genehmigungen, womit Bauprozesse beschleunigt werden können. Jedoch könnten sich diese Maßnahmen als Hemmschuh für private Investitionen erweisen, wenn der Fokus zu stark auf gemeinwohlorientierten Projekten liegt und Anreize für gewerbliche Bauträger fehlen.

Politischer Umbruch im Osten: Vom Stillstand zum Aufbruch!

Von Dr. Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer Bauindustrieverband Ost e. V.

Mit den neuen Machtverhältnissen in Sachsen und Brandenburg werden die Weichen für die Zukunft neu gestellt – auch wirtschaftspolitisch. Eine Minderheitsregierung aus CDU und SPD in Sachsen, eine Koalition aus SPD und BSW in Brandenburg: Die Machtfragen sind geklärt. Entscheidend ist jedoch, welche Konsequenzen diese politischen Konstellationen für die Baupolitik haben werden. Die Zeit für Zögern ist vorbei – die Bauwirtschaft fordert entschlossenes Handeln.

Deutschland hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem. Die Bauwirtschaft erwartet von den neuen Landesregierungen eines: Hände weg von der Schuldenbremse. Investitionen müssen durch kluge Prioritäten und eine Neuausrichtung der Ausgaben finanziert werden, nicht durch neue Schulden.

Die Lösung liegt auf der Hand: Konsumtive Ausgaben – etwa überhöhte Verwaltungskosten, überdimensionierte Personalausgaben oder wachsende Sozialerstattungen – müssen reduziert werden. Nur so werden Mittel für dringend notwendige Investitionen frei. Die Landesregierungen müssen endlich Prioritäten setzen.

Ein weiteres Dauerthema ist die erdrückende Bürokratie. Sie lähmt Unternehmen und hemmt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Hier ist ein radikaler Schnitt notwendig. Die Politik in Sachsen und Brandenburg braucht ein durchdachtes Konzept, das den Wohlstandskiller Bürokratie systematisch abbaut.

Der Wohnungsbau steht vor riesigen Herausforderungen. Diskussionen über Mietpreisregulierung und Enteignungen schaffen ein Klima der Unsicherheit und verhindern Investitionen. Diese Debatten müssen beendet werden. Stattdessen braucht es ein investitionsfreundliches Umfeld sowie massive Investitionen in Straßen, Brücken und Schienen. Jeder Euro, der in Bauprojekte fließt, schafft vielfachen Mehrwert: Arbeitsplätze, gestärkte Zulieferer, angekurbelte Wirtschaft. Diesen Multiplikatoreffekt darf die Politik nicht länger ignorieren.



Auch die Digitalisierung der Verwaltung ist längst überfällig. Deutschland hinkt hinterher. Medienbrüche müssen verschwinden, E-Government muss Standard werden. Technologien wie Big Data und Künstliche Intelligenz bieten enorme Chancen – doch sie bleiben meist ungenutzt. Mit moderneren Verwaltungsstrukturen können sich Sachsen und Brandenburg einen Vorsprung erarbeiten und zukunftsfähig bleiben.

Die Landesregierungen stehen vor enormen Herausforderungen. Ihre Aufgabe ist klar: Investitionen und Bauprojekte müssen Priorität haben, um die Grundlage für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Die Zeit der Ausreden ist vorbei – jetzt zählt nur noch entschlossenes Handeln!

› Drei Fragen an ...



Foto: ©Uwe Kloessing

Dr. Dietmar Woidke

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Welche Rolle spielt die Bauwirtschaft in der Entwicklung Brandenburgs in der neuen Legislaturperiode?

Dr. Dietmar Woidke: Die Bauwirtschaft wird in Brandenburg auch zukünftig im wahrsten Sinne des Wortes das Fundament dafür legen, um zentrale politische Vorhaben in die Tat umzusetzen. Egal ob beim Bau von Stromnetzen für die Energiewende, beim Ausbau von Bahnstrecken für ein besseres ÖPNV-Angebot oder bei der Errichtung von neuen Glasfasernetzen für schnelles Internet. Das geht alles nur mit vielen fleißigen Händen, die in der Bauwirtschaft anpacken. Der immer sicht- und erlebbarer werdende Strukturwandel in der Lausitz mit beispielsweise dem neuen ICE-Bahnwerk oder der Universitätsmedizin ist ebenfalls mit großen Bauvorhaben verbunden. Auch hier gilt: Die Bauwirtschaft schafft aus Plänen und Absichtserklärungen Tatsachen.

Deshalb steht die Landesregierung an der Seite der Bauunternehmen und setzt sich für gute Rahmenbedingungen ein. Die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur heißt auch, die regionale Infrastruktur im wahrsten Sinne des Wortes zu bauen. Auch bei der Förderung des Mietwohnbaus und der Schaffung von Wohneigentum durch die Landesregierung kommen wir ohne die Baubranche nicht voran.

Der Sanierungsbedarf im Infrastrukturbereich ist enorm, auch, um die Verkehrssicherheit und die Funktionalität der Brücken im Land langfristig sicherzustellen. Wie sehen Sie Brandenburg hier aufgestellt und was plant die Landesregierung Brandenburgs?

Dr. Dietmar Woidke: Vor allem wollen wir die Rahmenbedingungen für die anstehenden Sanierungsmaßnahmen verbessern. Ganz oben steht dabei der Bürokratieabbau, denn die Bauwirtschaft ist von ausuferndem Papierkram ganz besonders betroffen. Mit einem Sonderausschuss im Landtag zum Bürokratieabbau soll hier konsequent Abhilfe geschaffen werden. Die Landesregierung wird dies mit eigenen Ideen und Aktivitäten bestmöglich unterstützen. Beispielsweise wollen wir kurzfristig das Brandenburgische Vergabegesetz praxisgerechter machen, zum Beispiel durch Entfristung und Erhöhung der Wertgrenzen bei der Direktvergabe oder durch Anpassung an die Schwellenwerte auf Bundesebene.

Die Auftragsdecke im Wohnungsbau wird für die ostdeutschen Bauunternehmen zunehmend dünner. Welche Maßnahmen will Brandenburg ergreifen, um hier gegenzusteuern und den Bau in diesem Marktsegment wieder attraktiv zu machen?

Dr. Dietmar Woidke: Zum Wohnungsbau gibt es ganz konkrete Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der neuen Brandenburg-Koalition. Dazu gehört, dass wir das »Bündnis für Wohnen« zu einer zentralen Plattform für Wohnungsbau und bezahlbare Mieten machen werden. Wir fördern insbesondere das kommunale und genossenschaftliche Bauen und den sozialen Wohnungsbau. Wir bekennen uns klar zur Kofinanzierung von Bundesprogrammen wie »Sozialer Zusammenhalt« und »Lebendige Zentren«. Entscheidend wird auch sein, Hürden und Hemmnisse im Bereich Bauen und Infrastrukturprojekte zu verringern. Deshalb werden wir die Bauordnung novellieren.

› Drei Fragen an ...

Michael Kretschmer

Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Welche Rolle spielt die Bauwirtschaft in der Entwicklung Sachsens in der neuen Legislaturperiode?

Michael Kretschmer: Die Bauwirtschaft hat eine hohe wirtschaftspolitische und gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Das gilt sowohl für den Wohnungsbau als auch für den Bereich Infrastruktur und Wirtschaftsbau. Wie in der Vergangenheit wollen wir mit Initiativen helfen, das derzeit bestehende konjunkturelle Tal, von dem auch die sächsische Bauwirtschaft betroffen ist, zu überwinden. Ein Beispiel dafür ist die geplante Ansiedlung des Living Art of Building. Die Staatsregierung unterstützt das neue Forschungszentrum für klimaneutrales und ressourceneffizientes Bauen in der Oberlausitz. Davon wird auch die Bauwirtschaft insgesamt weit über die Region hinaus profitieren.

Der Sanierungsbedarf im Infrastrukturbereich ist enorm, auch, um die Verkehrssicherheit und die Funktionalität der Brücken im Land langfristig sicherzustellen. Wie sehen Sie Sachsen hier aufgestellt und was plant die Staatsregierung Sachsens?

Michael Kretschmer: Eine leistungsfähige und sichere Verkehrsinfrastruktur ist enorm wichtig für eine gute Lebensqualität in Stadt und Land und eine weiter erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung bei uns im Freistaat. Ein wichtiges Ziel der Staatsregierung ist deshalb die Erhaltung des weitestgehend gut ausgebauten Staatsstraßennetzes. Es gilt der Grundsatz: »Erhalt vor Ausbau, Ausbau vor Neubau«. Dies wollen wir konsequent umsetzen. Wir werden dafür sorgen, dass die Kapazitäten in der Straßenbauverwaltung ausgeweitet werden. Grundlage dafür ist die »Ausbau- und Erhaltungsstrategie Staatsstraßen 2030«. Wir wollen hier kurz- und mittelfristig weiter vorankommen. Damit es einen ordentlichen Schub und wieder eine Aufbruchsstimmung gibt, brauchen wir im Übrigen weniger Vorgaben, geringere Standards und mehr Tempo und Vereinfachungen bei Genehmigungsverfahren.



Foto: © photothek.net/Sächsische Staatskanzlei

Die Auftragsdecke im Wohnungsbau wird für die ostdeutschen Bauunternehmen zunehmend dünner. Welche Maßnahmen will Sachsen ergreifen, um hier gegenzusteuern und den Bau in diesem Marktsegment wieder attraktiv zu machen?

Michael Kretschmer: Die Baukrise ist leider nicht neu. Die Staatsregierung ist daher bereits seit geraumer Zeit regelmäßig im intensiven Gespräch mit verschiedenen Branchen- und Verbandsvertretern. Im Ergebnis sind gemeinsam abgestimmte Forderungen an die Bundesregierung formuliert und letztlich von der Bauministerkonferenz aller Bundesländer beschlossen worden. In Sachsen haben wir außerdem Verbesserungen im Bauordnungsrecht (beispielsweise Typengenehmigungen) eingeführt und zugleich im vergangenen Jahr die Wohnungsbauförderung deutlich ausgeweitet. Fördersätze sind erhöht, Anwendungsgebiete ausgedehnt und eine Richtlinie zusätzlich reaktiviert worden – insgesamt konnten so 2024 rund 100 Millionen Euro mehr an Förderung für den Wohnungsbau ausgereicht werden als im Jahr zuvor. Ziel ist es, daran anzuknüpfen und trotz schwieriger Haushaltslage im Bund und im Freistaat auch künftig mit einer klugen Förderung deutliche Anreize für den Wohnungsbau zu setzen.

Neujahrsempfang 2025



Der Bauindustrieverband Ost blickte anlässlich des Neujahrsempfanges in Potsdam am 9. Januar 2025 auf das kommende Baujahr und kam im Beisein von rund 170 Gästen aus Politik, Verwaltung und Mitgliedsunternehmen ins Gespräch.

Der Präsident des Bauindustrieverbandes Ost **Jörg Muschol** eröffnete den Neujahrsempfang 2025. Er machte deutlich, dass die ostdeutsche Bauindustrie vor gravierenden Problemen stehe: Der Zustand der Infrastruktur, wie der Teileinsturz der Carolabrücke in Dresden, verdeutliche die dringende Notwendigkeit massiver Investitionen. Die zentrale Botschaft des Abends war, dass nun massiv in die ostdeutsche Infrastruktur investiert werden muss.

Der neue Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg **Detlef Tabbert** betonte, dass der Bauindustrieverband Ost ein wichtiger Partner des Infrastrukturministeriums bleibe, um den Ausbau und die Erhaltung der Verkehrswege voranzutreiben. Besonders der Zustand der Landes- und Bundesstraßen in Brandenburg erfordere dringende Verbesserungen. **Christian Gaebler**, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen des Landes Berlin, stellte heraus, dass Berlin vor großen Herausforderungen im Wohnungsbau stehe. Angesichts steigender Nachfrage und begrenzter Ressourcen werde die Senkung der Baukosten immer dringlicher.



Impressionen Neujahrsempfang 2025



Ergebnisse der Blitzumfrage des Bauindustrieverbandes Ost



Foto: Wilhelm Wallbrecht GmbH & Co. KG

2024: Ein durchwachsenes Jahr für die ostdeutsche Bauwirtschaft

Die Konjunktur der ostdeutschen Bauwirtschaft präsentiert sich im Jahr 2024 in einer angespannten Lage. Die Ergebnisse der Befragung unter den Mitgliedern des Bauindustrieverbandes Ost verdeutlichen, dass sowohl der Tiefbau als auch der Hochbau mit Herausforderungen konfrontiert waren. Für das Jahr 2025 zeichnet sich zudem eine zunehmend pessimistische Erwartung ab.

Gemischte Bilanz für 2024 und betrübter Ausblick für 2025

Die Ertragslage der Unternehmen wurde im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr von 41,3 Prozent der Unternehmen als gut, von weiteren 41,3 Prozent als mittelmäßig und von 17,4 Prozent als schlecht eingeschätzt. Die technische Auslastung der Unternehmen lag im Durchschnitt bei 84 Prozent, während die personellen Kapazitäten mit 94 Prozent nahezu voll ausgelastet waren. Beim Umsatz verzeichneten 41,3 Prozent der Unternehmen einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr, 19,6 Prozent meldeten stabile Werte und 39,1 Prozent mussten einen Umsatzrückgang hinnehmen.

Für das Jahr 2025 sind die Erwartungen der Unternehmen pessimistischer. Nur noch 23,9 Prozent rechnen mit konstanten Umsätzen, während 54,4 Prozent mit Umsatzrückgängen und nur 21,7 Prozent mit

Zuwächsen rechnen. Die Beschäftigungssituation soll dennoch stabil bleiben, 52,2 Prozent der Unternehmen gehen von einer gleichbleibenden und 15,2 Prozent von einer steigenden Beschäftigung aus. Gleichwohl rechnet mit 32,6 Prozent rund ein Drittel der Unternehmen mit einem Personalabbau.

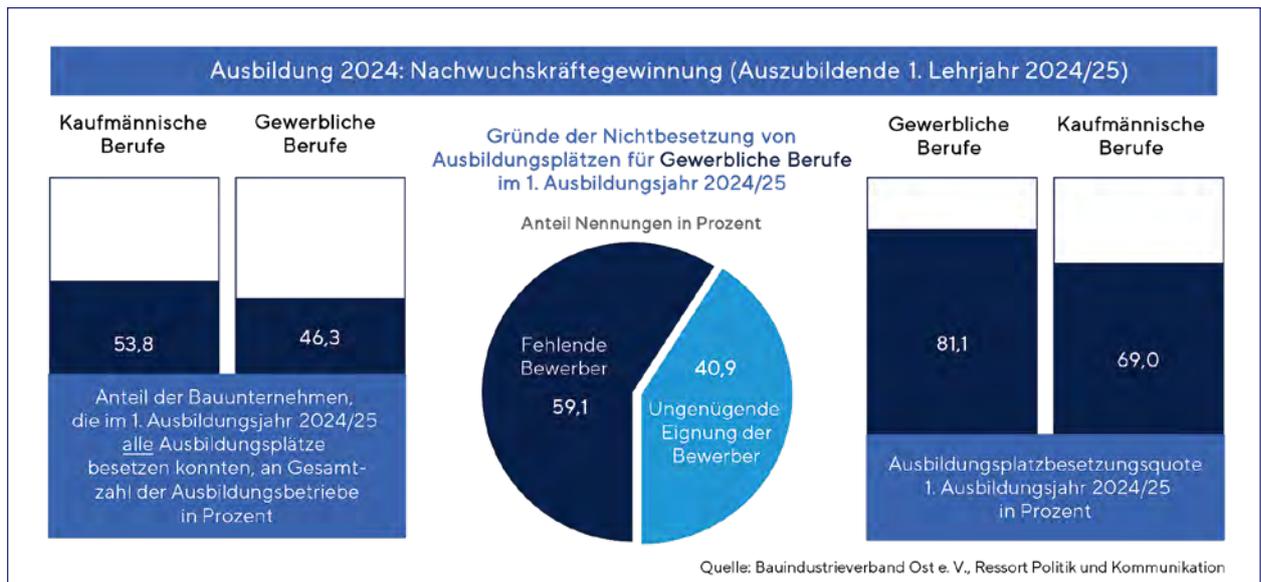
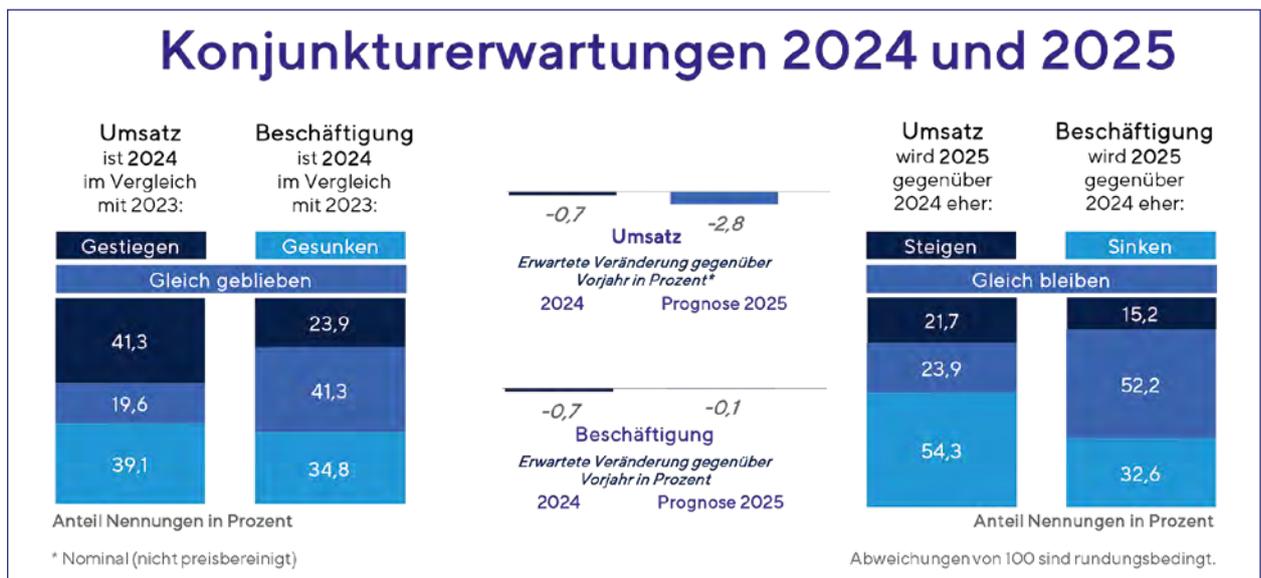
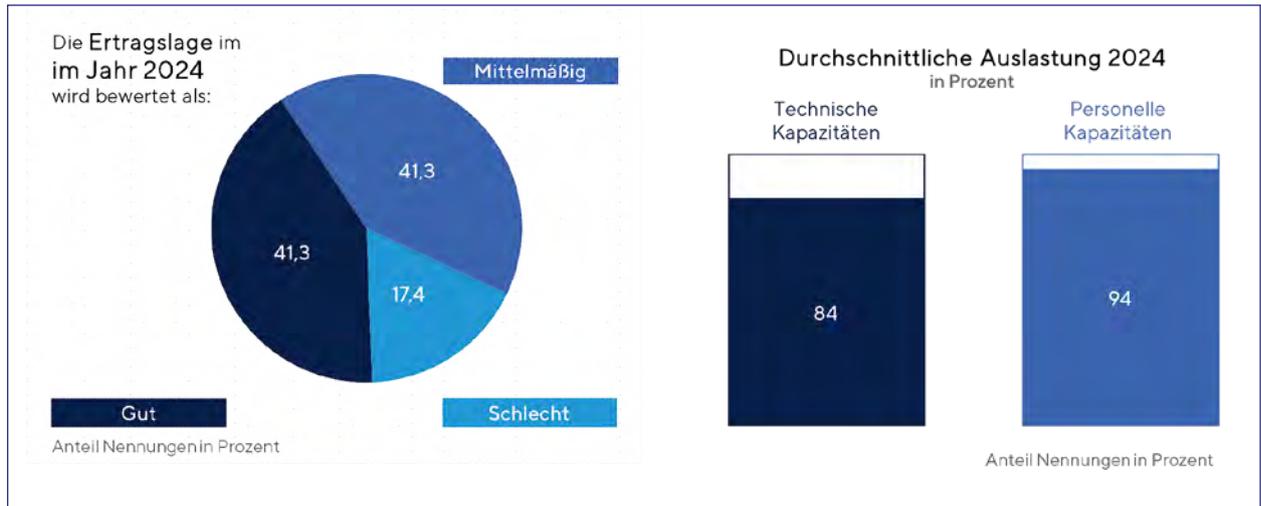
Hochbau unter Druck

Der Hochbau bleibt weiterhin herausfordernd. Die Ertragslage für das Jahr 2024 wird im Vorjahresvergleich von 47,6 Prozent der Unternehmen als gut, von 33,3 Prozent als mittelmäßig und von 19 Prozent als schlecht eingeschätzt. Bei der Umsatzentwicklung meldeten 47,6 Prozent der Unternehmen einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr, während 38,1 Prozent einen Umsatzanstieg und 14,3 Prozent einen gleichbleibenden Umsatz verzeichneten. Die technische Auslastung im Hochbau lag bei 81 Prozent und die personelle Auslastung bei 92 Prozent.

Situation im Tiefbau

Auch der Tiefbau hat mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nur 36 Prozent der Unternehmen beurteilten die Ertragslage im Jahr 2024 als gut, 48 Prozent als mittelmäßig und 16 Prozent als schlecht. Bei der Umsatzentwicklung verzeichneten 44 Prozent der Unternehmen Zuwächse, 24 Prozent meldeten stabile Werte und 32 Prozent mussten Umsatzrückgänge hinnehmen. Der technische Auslastungsgrad im Tiefbau lag bei 86 Prozent, die personellen Kapazitäten waren zu 97 Prozent ausgeschöpft.

Blitzumfrage BIVO Gesamtbau



Scan-to-BIM

Wie ein Chemnitzer Startup die Digitalisierung von Bestandsgebäuden revolutioniert



Foto: Points2BIM GmbH



Neben der Basismodellierung sind individuelle Anpassungen und eine höhere Detailtiefe möglich. Kunden zahlen nur für modellierte Bruttogeschossfläche und nur, wenn sie mit dem Ergebnis zufrieden sind – ab 50 Cent pro Quadratmeter. Das Startup um Dr. Mario Geißler und Kevin Meitsky revolutioniert die Baubranche vor allem mit Blick auf Bestandsbau und Sanierung mit modernster Technologie und macht BIM-Modelle schneller und einfacher zugänglich.

Lange Wartezeiten und aufwändige Modellierungen aus Punktwolken gehören der Vergangenheit an. Mit der KI-gestützten Technologie von Points2BIM lassen sich Punktwolken in wenigen Stunden in BIM-Modelle umwandeln – bis zu 90 Prozent schneller als herkömmliche Methoden. Das Ganze funktioniert ohne extra Schulungen oder zusätzliche Software. Das System nutzt künstliche Intelligenz, um Punktwolken in LOD-200-Modelle mit allen wesentlichen Elementen zu transformieren. Selbst große Punktwolken werden in wenigen Stunden verarbeitet. BIM-Experten prüfen die Modelle, bevor sie innerhalb von 48 Stunden an Kunden ausgeliefert werden.

Die Nutzung ist so einfach, dass keine speziellen BIM-Kenntnisse erforderlich sind. Ein Upload der Punktwolke genügt, um ein Modell zu erstellen, das direkt in Revit oder ArchiCAD importiert werden kann. Damit fügt sich der Prozess nahtlos in bestehende Arbeitsabläufe ein. Lange Wartezeiten, aufwändige Erstellung und unzuverlässige Qualität gehören der Vergangenheit an – die automatisierte Modellierung standardisiert den Prozess und macht ihn effizienter.



Points2BIM GmbH

Gründer und Geschäftsführer:
Dr. Mario Geißler, Kevin Meitsky

E mario@points2bim.de
T 0176 84355626

Points2BIM GmbH
Reichsstraße 48
09112 Chemnitz

www.points2bim.de

Bauakademie Ost:

E-Learning-Kurs zu ChatGPT in der Baubranche

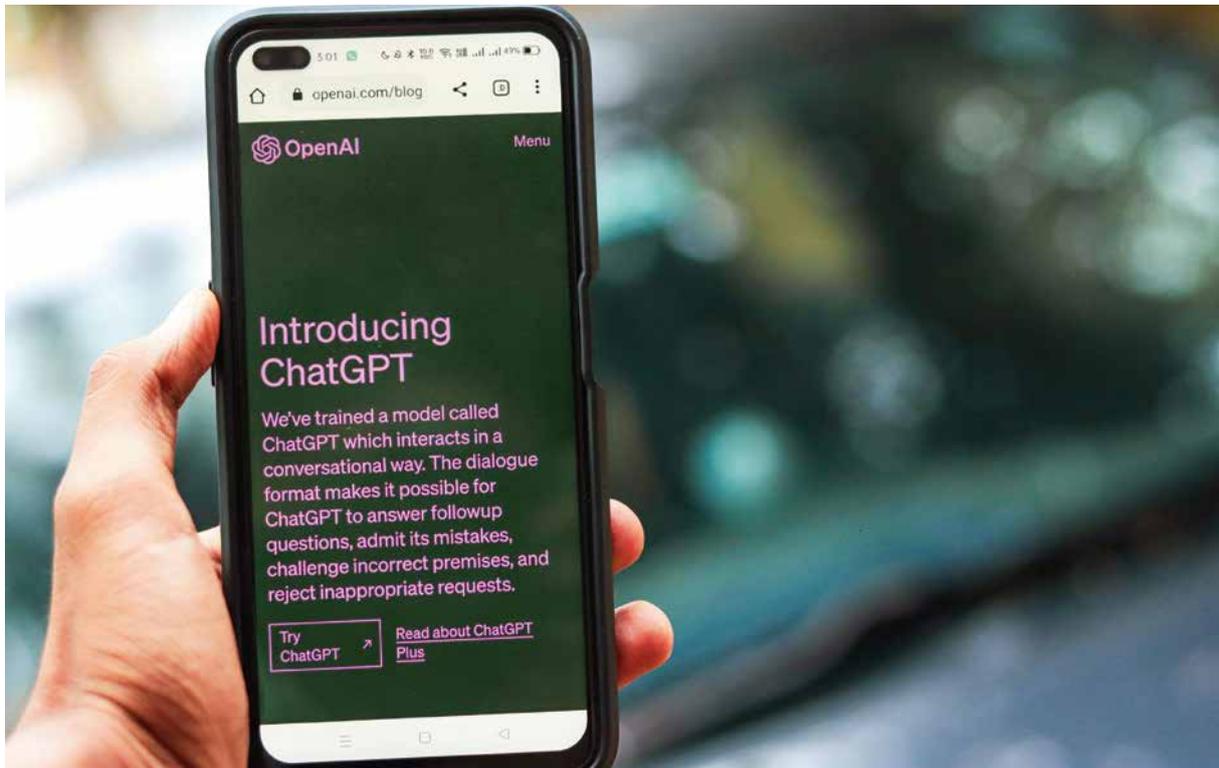


Foto: pexels | © Sanket Mishra

Künstliche Intelligenz verändert die Arbeitsweise vieler Branchen – auch die Bauwirtschaft. Wer jetzt die Chancen dieser Technologien nutzt, kann Abläufe effizienter gestalten, Zeit sparen und sich frühzeitig auf kommende Anforderungen vorbereiten. Besonders mit Blick auf die neuen EU-Vorgaben zum KI-Einsatz ab 2025 sollten Unternehmen handeln.

Die verbandseigene Bauakademie Ost bietet dazu einen neuen E-Learning-Kurs »ChatGPT für die Baubranche - Grundlagen und Best Practices« an. Der Kurs zeigt praxisnah, wie KI-gestützte Textgenerierung den Arbeitsalltag erleichtert – von der internen und externen Kommunikation bis zur Automatisierung wiederkehrender Aufgaben. Durch interaktive Lernmodule und anschauliche Fallbeispiele erhalten Teilnehmende einen umfassenden Einblick in die Potenziale dieser Technologie und lernen, sie gezielt einzusetzen.

Neben theoretischem Wissen vermittelt der Kurs zahlreiche Anwendungsbeispiele aus der Baupraxis. Teilnehmende erfahren, wie sie durch optimierte Textgenerierung Zeit sparen, Angebots- und Berichtserstellungen effizienter gestalten und kreative Ideen schneller umsetzen können. Zusätzlich gibt es wertvolle Hinweise, um rechtliche und ethische Aspekte beim Einsatz von KI zu berücksichtigen.

Nutzen Sie die Gelegenheit, Ihre Fach- und Führungskräfte gezielt weiterzubilden. Eine frühzeitige Schulung sorgt dafür, dass Ihr Unternehmen mit den technologischen Entwicklungen Schritt hält und Wettbewerbsvorteile sichert.



Unter folgendem Link können Sie das E-Learning buchen:
E-Learning – ChatGPT für die Baubranche – www.bauakademie-ost.de

In den FAQ's werden darüber hinaus die häufigsten Fragen rund um das Thema E-Learning beantwortet:
<https://bauakademie-ost.de/e-learning-faq>

Präsidiums- und Beiratsklausur



Wie sichern wir die Zukunft des Bauens im Osten? Mit dieser Frage startete im Dezember 2024 die Präsidiumssitzung und die Klausurtagung von Präsidium und Beirat des Bauindustrieverbandes Ost in Berlin. Eine Zusammenkunft, die traditionell in der Vorweihnachtszeit stattfindet.

Die Themen waren alles andere als besinnlich: Im Zentrum der Diskussion standen die Bau-Investitionen in die ostdeutsche Infrastruktur- und Baupro-

jekte. Ein Thema, das in Zeiten knapper öffentlicher Kassen und vor dem Hintergrund der Bundestagswahlen an Brisanz gewann. Gesprächspartner war **Carsten Schneider**, Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland. In der Diskussion mit dem Bundespolitiker wurde klar: Ohne eine verlässliche Investitionspolitik und starke Infrastrukturprojekte droht die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Bauwirtschaft zu erodieren. Unsere Mitgliedsunternehmen brauchen Perspektiven.



Aus den Ausbildungszentren



Bau Bildung Sachsen e.V.

Vertragsunterzeichnung zur Fachkräfteanwerbung - Kooperation in der Ausbildung zum Betonfertigteilbauer nimmt Fahrt auf



Foto: © Dr. Jens-Uwe Strehle

Der Geschäftsführer der Bau Bildung Sachsen e. V. und Bau Bildung Sachsen-Anhalt e. V. **Dr. Jens-Uwe Strehle** unterschrieb im Januar 2025 einen Vertrag zum gezielten Anwerben von chinesischen Fachkräften am Bau. Ziel dabei ist es, junge Talente mit einem baufachlichen Hintergrund langfristig in sächsische Bauunternehmen zu vermitteln. Das Modell sieht vor, dass die Bewerber im Heimatland mit Sprachausbildung und baufachlichen Kenntnissen vorqualifiziert werden. Danach erfolgt eine Vermittlung in sächsische Baufirmen in ein Lehrverhältnis und dem Ziel einer anschließenden Arbeitsaufnahme in der ausbildenden Firma. Aus vorangegangenen Kursen wurden erfolgreiche Arbeitsverträge und Aufstiegskarrieren zum Vorarbeiter abgeschlossen. Im besonderen Fokus sind weitere Länder wie Vietnam und die Mongolei.



Bau Bildung Sachsen-Anhalt e.V.

Staffelstabübergabe im ÜAZ Magdeburg

Nach über 30 Jahren engagierter Leitung des überbetrieblichen Ausbildungszentrums (ÜAZ) Magdeburg gibt **Gerald Bock** den Staffelstab an **Andrea Heße** weiter. In der Betriebsversammlung im Dezember 2024 würdigte **Dr. Jens-Uwe Strehle**, Geschäftsführer der Bau Bildung Sachsen und Sachsen-Anhalt e. V., die beeindruckenden Leistungen von Herrn Bock und sprach Frau Heße sein vollstes Vertrauen als neue Leiterin des ÜAZ Magdeburg aus.

Frau Heße, die ihre Karriere im ÜAZ Magdeburg vor über einem Jahrzehnt begann und zuletzt als Bereichsleiterin in der Weiterbildung tätig war, übernimmt ab dem 1. Januar 2025 einen wirtschaftlich stabilen und fachlich breit aufgestellten Standort für Aus- und Weiterbildung im Bauwesen und Gerüstbau. Der Standort bleibt damit ein verlässlicher Partner für die Bauwirtschaft und ein Garant für qualitativ hochwertige Fachkräfteentwicklung von Bau Bildung Sachsen-Anhalt e. V.

Auslobung Preis der Ostdeutschen Bauindustrie 2025

Auch im Jahr 2025 hat der Bauindustrieverband Ost wieder den Preis der Ostdeutschen Bauindustrie ausgeschrieben. Die Bauwirtschaft in Ostdeutschland braucht hoch qualifizierte und motivierte Bauingenieurinnen und -ingenieure, Architektinnen und Architekten, die mit neuen faszinierenden Ideen die Zukunft als Herausforderung und wichtiges Betätigungsfeld begreifen. Sie sind die Triebfeder und Träger der Innovationen in den Unternehmen und damit wesentliche Voraussetzung für Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit. Die Auszeichnung soll Vorbildwirkung und Anreiz für alle Studierenden sein und dem Bauwesen Impulse geben.

Beteiligen können sich Absolvierende der Fachbereiche Bauingenieurwesen und Architektur aller Hochschulen in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt, die ihr Studium im Zeitraum März 2024 bis zum Bewerbungsschluss 31. März 2025 abgeschlossen haben.

Alle weiteren Informationen finden Sie auf der Homepage des Bauindustrieverbandes Ost:
<https://www.bauindustrie-ost.de/bildung/artikel/auslobung-baupreis-2025>

› In Schneeberg werden Helden ausgebildet



Fotos: PHOMAX, Trockenbau Wäntig GmbH

Das BIVO-Mitglied Trockenbau Wäntig GmbH engagiert sich intensiv für die Ausbildung junger Menschen in der Bauwirtschaft und ist zudem verbandlich aktiv. Mit Geschäftsführerin **Stefanie Wäntig** sprachen wir über die Nachwuchsfindung und den von der Bundesfachabteilung Ausbau und Trockenbau initiierten Wettbewerb AUSBAU HELD.

Frau Wäntig, wie begeistert man junge Menschen im Erzgebirge für die Bauwirtschaft?

Stefanie Wäntig: Das gelingt durch viele kleine, aber entscheidende Bausteine. In einer ländlichen Region ist die Nachwuchsgewinnung ein sehr persönliches Geschäft. Ich bin regelmäßig in Schulen unterwegs, vertrete unser Unternehmen auf Ausbildungs- und Heimkehrermessen und biete Praktika sowie Ferienjobs an. Man muss sich einen Namen in der Region machen. Zusätzlich engagieren wir uns als Trikotsponsor einer Fußballmannschaft. Gerade in einer Region, die eher vom Wegzug geprägt ist, ist es wichtig, aktiv auf junge Menschen zuzugehen. Dabei spielt nicht nur die Ausbildung der Jugendlichen eine Rolle – auch ihre Eltern müssen überzeugt werden. Sie haben erheblichen Einfluss auf die Zukunftsplanung ihrer Kinder. Besonders in unserem Gewerk, wo Blockunterricht und Internatsunterbringung Teil der Ausbildung ist, braucht es Aufklärung und Vertrauen.

Wie hoch ist der Bedarf an Azubis bei Ihnen? Verabschieden Sie die Babyboomer langsam in den wohlverdienten Ruhestand?

Stefanie Wäntig: Wir streben jedes Jahr an, drei Auszubildende für unser Unternehmen zu gewinnen. Dies gelingt uns meist gut, auch wenn die Corona-Pandemie in den letzten Jahren die »Ausbeute« etwas



verringert hat. Unsere Belegschaft ist derzeit etwa hälftig aufgeteilt: Die eine Hälfte ist um die 50 und die andere Hälfte um die 20 Jahre alt. Diese Mischung ergänzt sich gut. Die erfahreneren Mitarbeiter geben ihr Wissen an die Jüngeren weiter – sowohl fachlich als auch in Bezug auf das Miteinander im Betrieb. Das stärkt den Teamgeist und sichert eine nachhaltige Weitergabe unseres Know-hows..

Führt die Mannschaft auch Montagefahrten durch?

Stefanie Wäntig: Vor 15 Jahren waren Montageeinsätze bei uns die Regel. Das habe ich bewusst geändert. Unser Fokus liegt heute darauf, in der Region präsent zu sein und den Mitarbeitern zu ermöglichen, jeden Abend zuhause zu schlafen. Dadurch haben wir auch kleinere Aufträge angenommen, die uns bei privaten Kunden bekannter gemacht haben. Unsere Leistung und Zuverlässigkeit haben sich herumgesprochen – das hat uns besonders in der Corona-Pandemie geholfen.

Die Baupraxis prägt und verbessert auch die Leistungen Ihrer Azubis in den Prüfungen. Sie haben ja mittlerweile den deutschen Vizenachwuchsmeister im Trockenbau in Ihren Reihen. Wie fühlt sich das als Chefin an?

Stefanie Wäntig: Das ist wirklich ein großartiger Erfolg – und die Anerkennung gebührt vor allem unserem frisch ausgelernten Gesellen Florian Noack. Er hat sich im Wettbewerb gegen starke Konkurrenz durchgesetzt und sein handwerkliches Können eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Erzählen Sie mir etwas zum Wettbewerb AUSBAU HELD.

Stefanie Wäntig: Der Wettbewerb AUSBAU HELD ist die deutsche Nachwuchsmeisterschaft der Trockenbaumonteur und findet seit 12 Jahren im Ausbildungszentrum Hamm in Nordrhein-Westfalen statt. Veranstaltet wird er von der Bundesfachabteilung Ausbau und Trockenbau des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB), in deren Vorstand ich mitarbeite. Ziel ist es, den Beruf des Trockenbauers bekannter und attraktiver zu machen und vor allem das Image des Trockenbaumonteurs zu verbessern. Der Wettbewerb wächst stetig und gewinnt Jahr für Jahr an Bekanntheit.

Was muss vor Ort gemacht werden?

Stefanie Wäntig: Es handelt sich um einen praktischen Wettbewerb, bei dem die Teilnehmer – ähnlich wie in der Gesellenprüfung – eine vorgegebene Trockenbaukonstruktion herstellen müssen. Bewertet werden verschiedenste Kriterien wie Maßhaltigkeit, Arbeitsgeschwindigkeit, Sauberkeit am Arbeitsplatz und Arbeitsschutz. Unser Florian Noack konnte vor allem durch seine hohe Maßhaltigkeit punkten und sicherte sich damit den zweiten Platz.

Was bekommen die glücklichen Gewinner?

Stefanie Wäntig: Der Erstplatzierte erhält ein vollständiges Meisterstipendium für die Ausbildung zum Trockenbaumeister, der Zweitplatzierte – in diesem Fall Florian – ein halbes Meisterstipendium, und der Dritte immerhin noch ein Viertel-Stipendium. Alle weiteren Teilnehmer erhalten Sachpreise wie Maschinen und Werkzeuge.

Das heißt, Florian drückt bald wieder die Schulbank?

Stefanie Wäntig: Florian kam mit einem Hauptschulabschluss nach der 9. Klasse zu uns und hat nun mit gerade einmal 19 Jahren seinen Gesellenbrief in der Tasche. Ich denke, dass er sich bis zur Ausbildung zum Trockenbaumeister noch etwas Zeit lassen wird – aber sein Erfolg im Wettbewerb gegen deutlich ältere Teilnehmer zeigt, welches Potenzial in ihm steckt. Das gibt ihm sicherlich Rückenwind für seine weitere berufliche Laufbahn.

Dafür drücken wir die Daumen. Vielen Dank für das Gespräch.

**Trockenbau
Wäntig**

Trockenbau Wäntig GmbH

Geschäftsführung
Dipl.-Ing. Stefanie Wäntig

T 03772 3905-0
E trockenbau@waentig.com

Trockenbau Wäntig GmbH
Prof.-Dr.-K.-Zuse-Straße 22
08289 Schneeberg

www.waentig.com
www.instagram.com/trockenbau_waentig
www.facebook.com/TrockenbauWaentig

Überblick Kabinettsmitglieder des Landes Brandenburg 2024-2029

Foto: © Ulwe Kloessing



Dr. Dietmar Woidke – Ministerpräsident

Dr. Dietmar Woidke, geboren am 22. Oktober 1961 in Naundorf bei Forst, ist seit dem 28. August 2013 Ministerpräsident des Landes Brandenburg. Der evangelische Politiker ist verheiratet und hat ein Kind. Nach seinem Studium der Landwirtschaft und Ernährungsphysiologie an der Humboldt-Universität zu Berlin (1982-1987) promovierte er 1993 und trat der SPD bei. Seit 1994 ist er Mitglied des Landtages. Er hatte verschiedene Ministerämter inne, darunter für Umwelt und Inneres, bevor er Regierungschef wurde.

Foto: © MidFE



Robert Crumbach – Minister der Finanzen und für Europa

Robert Crumbach, geboren 1962, studierte von 1982 bis 1988 Rechtswissenschaft an den Universitäten Mainz und Trier. Nach dem juristischen Vorbereitungsdienst legte er 1991 die zweite Staatsprüfung ab und war bis 2024 als Arbeitsrichter tätig. Er übernahm leitende Funktionen in Ministerien und der SPD-Fraktion. 2024 trat er dem BSW bei, wurde Landesvorsitzender und zog in den Landtag ein. Nach kurzer Zeit als Fraktionsvorsitzender ernannte ihn Ministerpräsident Woidke am 11. Dezember 2024 zum Finanz- und Europaminister Brandenburgs.

Foto: © Bildhaus / Karoline Wolf



Katrin Lange – Ministerin des Innern und für Kommunales

Katrin Lange, geboren am 24. Dezember 1971 in Brandenburg an der Havel, ist seit dem 11. Dezember 2024 Ministerin des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg. Nach dem Abitur 1991 absolvierte sie eine Ausbildung zur Regierungsassistentin und arbeitete im Bauamt Kyritz sowie im Innenministerium. Ab 1997 war sie in verschiedenen leitenden Positionen im Amt Meyenburg tätig. Es folgten Staatssekretärsämter in Infrastruktur und Innerem, bevor sie 2019 Finanzministerin wurde.

Foto: © Photothek



Hanka Mittelstädt – Ministerin für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Hanka Mittelstädt, geboren 1987 in Prenzlau, stammt aus einer landwirtschaftlich geprägten Familie. Nach dem Abitur 2009 studierte sie Agrarwirtschaft und schloss mit einem Master ab. Sie arbeitete als Firmenkundenberaterin für landwirtschaftliche Betriebe, bevor sie 2015 den elterlichen Hof in Zollchow übernahm und auf Direktvermarktung setzte. Bis 2024 war sie Geschäftsführerin der Ucker-Ei GmbH und engagierte sich ehrenamtlich für die regionale Agrarwirtschaft. Seit 2019 SPD-Mitglied, ist sie kommunalpolitisch aktiv und seit 2023 Landtagsabgeordnete. Am 13. Dezember 2024 wurde sie zur Ministerin für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz ernannt.

Foto: © MBJS / Die Hoffotografen



Steffen Freiberg – Minister für Bildung, Jugend und Sport

Steffen Freiberg, geboren am 23. September 1981 in Rostock, studierte Politik- und Verwaltungswissenschaften sowie Anglistik/Amerikanistik und schloss 2007 mit einem Magister ab. Er war in verschiedenen ministeriellen Funktionen in Mecklenburg-Vorpommern tätig, bevor er 2016 Staatssekretär für Schulen und politische Bildung wurde. Seit 2022 war er Staatssekretär in Brandenburg, bevor ihn Ministerpräsident Dietmar Woidke am 10. Mai 2023 erstmals zum Bildungsminister ernannte. Am 11. Dezember 2024 übernahm er erneut dieses Amt. Freiberg engagiert sich in der Kultusministerkonferenz für digitale Bildung und deutsch-polnische Bildungszusammenarbeit. Er ist verheiratet und hat ein Kind.

Foto: Karoline Wolf



Dr. Manja Schüle – Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Manja Schüle, geboren 1976 in Frankfurt (Oder), studierte Politikwissenschaften an der Universität Potsdam und promovierte 2006. Sie arbeitete als Referentin der SPD-Landtagsfraktion und als Büroleiterin in brandenburgischen Ministerien. 2017 gewann sie als einzige SPD-Abgeordnete Ostdeutschlands ein Bundestags-Direktmandat. Dort war sie in den Ausschüssen für Bildung, Wirtschaft und Digitalisierung tätig. Seit dem 20. November 2019 ist sie Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburgs. Am 11. Dezember 2024 wurde sie erneut vereidigt. Schüle ist in verschiedenen sozialen und wissenschaftlichen Organisationen aktiv.

Foto: Cötz Schleser



Daniel Keller – Minister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Geboren am 9. August 1986 in Potsdam, war Daniel Keller bis zu seinem Abitur Judo-Sportschüler und diente von 2006 bis 2011 in der Bundeswehr. Seit 2008 SPD-Mitglied, wurde er 2015 Stadtverordneter in Potsdam und 2019 Landtagsabgeordneter. Er hatte verschiedene Führungspositionen im Sport inne, darunter als Präsident des Deutschen Judo-Bundes (2019–2021). Zudem war er SPD-Fraktionsvorsitzender (2021–2024) und studierte Politikwissenschaften. Am 11. Dezember 2024 wurde er zum Minister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz des Landes Brandenburg ernannt.

Foto: Landtag Brandenburg



Dr. Benjamin Grimm – Minister der Justiz und für Digitalisierung

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Europa-Universität Viadrina und der Humboldt-Universität absolvierte er sein Rechtsreferendariat am Oberlandesgericht Brandenburg. Anschließend erwarb er einen Master in Laws am Trinity College Dublin und arbeitete bis 2019 als Rechtsanwalt. Seit 2005 SPD-Mitglied, war er von 2008 bis 2020 Kreistagsabgeordneter in Oberhavel. 2019 wurde er Staatssekretär in der Staatskanzlei Brandenburgs. Im Oktober 2024 zog er in den Landtag ein, bevor er im Dezember 2024 zum Minister der Justiz und für Digitalisierung ernannt wurde.

Foto: MGS



Britta Müller – Ministerin für Gesundheit und Soziales

Britta Müller, geboren am 24. Dezember 1971 in Eberswalde-Finow, ist geschieden, hat zwei Töchter und lebt in Potsdam. Am 11. Dezember 2024 ernannte sie Ministerpräsident Dietmar Woidke zur Ministerin für Gesundheit und Soziales des Landes Brandenburg. Die Parteilose wurde vom BSW nominiert. Zuvor leitete sie von 2020 bis 2024 die Pflegekasse der AOK Sachsen-Anhalt. Bereits von 2014 bis 2019 war sie Landtagsabgeordnete und arbeitete im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie sowie im Sonderausschuss BER mit.

Foto: © Ines Hasenau



Detlef Tabbert – Minister für Infrastruktur und Landesplanung

Detlef Tabbert wurde am 17. Juni 1960 in Templin geboren. Er ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Nach einer landwirtschaftlichen Ausbildung studierte er Verwaltungswissenschaften in Potsdam und schloss 1995 ein weiteres Studium in Freiburg als Diplom-Finanzwirt ab. Von 1992 bis 2010 war er Geschäftsführer und später Vorstand der Uckermark Leasing AG. Anschließend amtierte er von 2010 bis 2024 als Bürgermeister von Templin. Im Dezember 2024 wurde er zum Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg ernannt.

Foto: © Staatskanzlei



Kathrin Schneider – Ministerin und Chefin der Staatskanzlei

Nach ihrem Studium der Pflanzenproduktion an der Humboldt-Universität zu Berlin (1981–1986) arbeitete sie in verschiedenen Behörden, insbesondere in der Raum- und Braunkohlenplanung Brandenburgs. Ab 2005 leitete sie mehrere Referate im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung, bevor sie 2009 die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg übernahm. 2013 wurde sie Staatssekretärin, 2014 Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung. Seit 2019 ist sie Ministerin und Chefin der Staatskanzlei. Am 22. November 2024 wurde sie zusätzlich mit der Leitung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz betraut. Sie ist seit 2015 SPD-Mitglied.

Überblick Kabinettsmitglieder des Freistaates Sachsen 2024-2029



Michael Kretschmer – Ministerpräsident

Michael Kretschmer wurde 1975 in Görlitz geboren. Nach einer Ausbildung zum Büroinformatiker und einem Studium des Wirtschaftsingenieurwesens begann er seine politische Laufbahn als Stadtrat in Görlitz. Er war im Landesvorstand der Jungen Union Sachsen und Niederschlesien aktiv und ab 2005 Generalsekretär der CDU Sachsen. Von 2002 bis 2017 vertrat er den Wahlkreis Görlitz im Deutschen Bundestag, zuletzt als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Seit Dezember 2017 ist er Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und engagiert sich darüber hinaus ehrenamtlich, unter anderem als Präsident des Sächsischen Volkshochschulverbandes.



Regina Kraushaar – Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung

Regina Kraushaar, geboren am 1964 in Dohna, stand zwischen 1999 und 2006 als Landesgeschäftsführerin an der Spitze des Landesverbandes Sachsen beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband. Es folgten Tätigkeiten in herausgehobener Position im Sächsischen Sozialministerium, im Bundesfamilienministerium und im Bundesgesundheitsministerium. 2017 wurde sie Staatssekretärin im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz. Zuletzt wechselte sie in 2020 als Präsidentin zur Landesdirektion Sachsen.



Dirk Panter – Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Dirk Panter wurde 1974 in Achern geboren. Nach seinem Studium der Verwaltungswissenschaften in Leipzig arbeitete Dirk Panter als Analyst und Associate bei JP Morgan Chase in London, New York und Frankfurt am Main. Bevor er 2009 als Abgeordneter der SPD-Fraktion in den Sächsischen Landtag einzog, war er seit 2006 Landesgeschäftsführer der SPD Sachsen und zwischen 2007 und 2015 Generalsekretär der SPD Sachsen. Seit 2014 war er Vorsitzender der SPD-Fraktion.



Christian Piwarz – Staatsminister der Finanzen

Christian Piwarz wurde 1975 in Dresden geboren. Von 2004 bis 2017 war er als selbstständiger Rechtsanwalt tätig. In den Jahren 2005 bis 2006 arbeitete er als Referent in der Sächsischen Staatskanzlei. Seit 2006 ist er Mitglied im Sächsischen Landtag. Zuletzt wurde Christian Piwarz 2017 zum Staatsminister für Kultus berufen.



Armin Schuster – Staatsminister des Innern

Armin Schuster, geboren 1961 in Andernach, ist Diplom-Verwaltungswirt. Nach Führungsfunktionen bei der Bundespolizei und als Bundestagsabgeordneter (2009–2020) war er Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz. 2022 wurde er bereits zum Staatsminister des Innern in Sachsen berufen.

Foto Michael Kretschmer: © photothek.net/Sächsische Staatskanzlei

Fotos (9): © Sächsische Staatskanzlei /Pawel Sosnowski

Foto Dr. Andreas Handschuh: © Ben Gierig



Constanze Geiert – Staatministerin der Justiz

Constanze Geiert wurde 1976 in Dresden geboren. Sie studierte Rechtswissenschaften und Europäische Integration an der Technischen Universität Dresden. Von 2003 bis 2020 war sie als Rechtsanwältin tätig. Von 2012 bis 2019 war Constanze Geiert Geschäftsführerin der Dresdner Sachbuchverlag Medien & Recht GmbH. Von 2016 bis 2019 war sie Lehrbeauftragte an der HSF Meißen. Seit 2019 ist Constanze Geiert an der HSF Meißen Professorin für Besonderes Verwaltungsrecht. Seit 2020 ist sie stellvertretendes nichtberuflicher Mitglied des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs.



Sebastian Gemkow – Staatsminister für Wissenschaft

Sebastian Gemkow wurde 1978 in Leipzig geboren. Er studierte ab 1998 Rechtswissenschaften an der Universität Leipzig, an der Humboldt-Universität Berlin und der Universität Hamburg. In Hamburg legte er 2005 sein erstes juristisches Staatsexamen ab, in Leipzig folgte 2007 das zweite juristische Staatsexamen. Im Jahr 2008 ließ sich Sebastian Gemkow als Rechtsanwalt in Leipzig nieder. 2014 wurde Sebastian Gemkow zum Staatsminister der Justiz berufen. Seit 2019 steht er an der Spitze des Wissenschaftsressorts.



Dr. Andreas Handschuh – Chef der Sächsischen Staatskanzlei

Andreas Handschuh, geboren 1973 in Zschopau. Er studierte Rechtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Mineralogie mit dem Abschluss des ersten juristischen Staatsexamens. Nach Tätigkeiten als Kanzler der Technischen Universitäten Freiberg und Dresden sowie als Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus ist er heute Chef der Sächsischen Staatskanzlei.



Petra Köpping – Staatsministerin für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt | Stellvertretende Ministerpräsidentin

Petra Köpping, geboren 1958 in Nordhausen, ist Diplom-Staats- und Rechtswissenschaftlerin. Sie war Bürgermeisterin von Großpöna, Landrätin im Leipziger Land und wurde 2014 zur Staatsministerin für Gleichstellung und Integration beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz berufen, 2019 dann zuletzt zur Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Georg-Ludwig von Breitenbruch – Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft

Georg-Ludwig von Breitenbruch wurde 1971 in Göttingen geboren. Der gelernte Landwirt und Diplom-Volkswirt ist Mitglied des Stadtrates in Frohburg und seit 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags. Er war dort unter anderem als Energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion, Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss und im Ausschuss für Energie, Klima, Umwelt und Landwirtschaft tätig.



Conrad Clemens – Staatsminister für Kultur

Conrad Clemens, geboren 1983 in Schönebeck (Elbe), studierte Internationale Betriebswirtschaft. Nach Stationen als Berater einer international tätigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und als Büroleiter im Bundestag arbeitete er als Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands und als Landesgeschäftsführer der CDU Sachsen. 2019 wurde Conrad Clemens Staatssekretär in der Sächsischen Staatskanzlei und Bevollmächtigter des Freistaates beim Bund. Zuletzt war er im Juli 2024 zum Chef der Sächsischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien berufen worden.



Barbara Klepsch – Staatsministerin für Kultur und Tourismus

Barbara Klepsch wurde 1965 in Annaberg-Buchholz geboren. Die studierte Verwaltungs-Betriebswirtin war von 2001 bis 2014 Oberbürgermeisterin der Großen Kreisstadt Annaberg-Buchholz. 2014 wurde Barbara Klepsch zur Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz. 2019 wurde sie zuletzt zur Staatsministerin für Kultur und Tourismus berufen.

BERLIN

› Schneller-Bauen-Gesetz – Verabschiedung im Abgeordnetenhaus

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat am 5. Dezember 2024 das Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben (kurz: Schneller-Bauen-Gesetz – SBG) beschlossen. Dieses für die regionale Bau- und Wohnungswirtschaft so wichtige Vorhaben kann angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen – insbesondere im Wohnungsbau – ein echter Game-Changer sein. Denn hohe Bau- und Finanzierungskosten machen Projekte unrentabel. Die gesetzlichen Anforderungen und langwierigen Planungs- und

Genehmigungsprozesse tragen zudem nicht nur zu Verzögerungen bei. Sie bremsen die Bautätigkeit faktisch aus. Der großen Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen steht heute schon ein unzureichendes Wohnungsangebot gegenüber. Das nun verabschiedete Maßnahmenpaket verfolgt das ambitionierte Ziel, die Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozesse zu beschleunigen. Von Beginn an war der Bauindustrieverband Ost maßgeblich an der Gesetzentwurfassung involviert und unterstützt aktuell die zuständige Administrative bei der Umsetzung der Maßnahmen.

BERLIN

› Nachtragshaushalt 2025

Das Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedete am 19. Dezember 2024 mit den Stimmen der schwarz-roten Koalition einen Nachtragshaushalt für 2025, der im Vergleich zum bisherigen Plan Kürzungen im Umfang von drei Milliarden Euro vorsieht. Von Einsparungen sind insbesondere die Kultur und Hochschulen aber auch der Verkehrsbereich (660 Mio. Euro) sowie der Klimaschutz betroffen. Gleichzeitig wurde die Einnahmenseite durch die Erhöhung der Vergnügungssteuer, der Zweitwohnungssteuer und der Übernachtungssteuer gestärkt. Das jährliche Haushaltsvolumen in Berlin war in den vergangenen

Jahren stark auf zuletzt um die 40 Milliarden Euro gewachsen. Mit Blick auf eine generationenübergreifende, faire Finanzierung musste nun politisch gegengesteuert werden. Der Grundsatz, dass stabile Finanzen für das Land unerlässlich sind, bleibt damit bestehen, auch, da der Spielraum zukünftiger Generationen nicht weiter eingeschränkt werden darf. Die Politik ist ungeachtet dessen angehalten, auch ihre weiteren Hausaufgaben nicht zu vernachlässigen: Der Bürokratieabbau und schnellere Verwaltungsverfahren bleiben elementar, um die regionale Wirtschaft zu entlasten und das Investitionsklima zu verbessern.

BRANDENBURG

› Verwaltung trifft Wirtschaft

Am 4. Dezember 2024 kamen die Brandenburger Mitgliedsunternehmen im Rahmen des jährlich stattfindenden Formats »Verwaltung trifft Wirtschaft« zusammen – und zu diskutieren gab es einiges. Die Hoffnungen verbinden sich bei den Bauunternehmen vor allem mit dem im Koalitionsvertrag zwischen der SPD und dem BSW angekündigten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Als Vertreter des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg und des Landesbetriebes Straßenwesen Brandenburg (LS Brandenburg) durften **Robert Schumann** und die damalige LS-Vorsitzende und heutige Baustaatssekretärin **Dr. Ina Bartmann** begrüßt werden. Im lebhaften Dialog konnten beide Seiten – Verwaltung und Unternehmen – vom Austausch profitieren. Fakt ist: Das

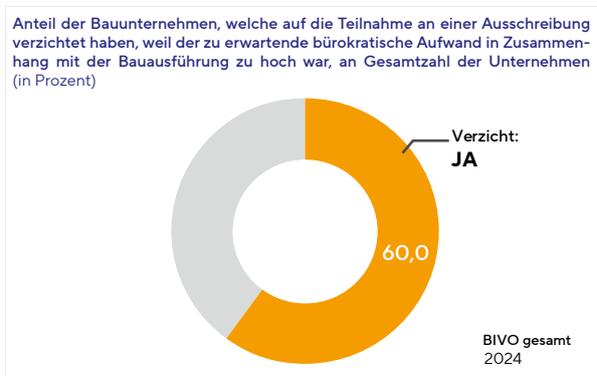
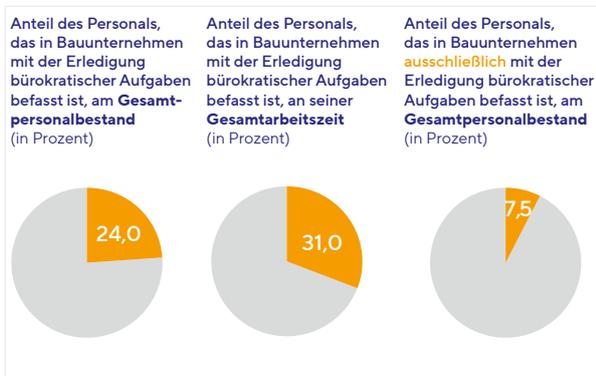
Land fährt auf Verschleiß. Entsprechend müssen die finanziellen Mittel bereitgestellt und schnellstmöglich verbaut werden. Von einer Verbesserung der Lage kann derweil im Hochbau keine Rede sein. Dabei trifft es den Wohnungsbau besonders hart und auch, wenn auf den ersten Blick der öffentliche Bau eine positive Entwicklung nimmt, müssen stets die inflationsbedingten Preissteigerungen berücksichtigt werden. Von einer Erholung kann daher auch im öffentlichen Bau keine Rede sein. **Gerit Fischer**, Technische Geschäftsführerin des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen (BLB), gab einen Einblick in laufende und kommende Projekte sowie die Arbeit auf der Grundlage des Building Information Modeling (BIM) der Brandenburger Landeshochbauverwaltung.

BRANDENBURG

Konstituierung des Sonderausschusses Bürokratieabbau

Im fünftgrößten Bundesland wird der Bürokratieabbau nun auch parlamentarisch angegangen. Hierzu konstituierte sich der Ausschuss am 17. Januar 2025 und wählte **Marcel Penquitt** (SPD) zum Vorsitzenden. Die regionale Bauwirtschaft begrüßt die Einsetzung zur Überprüfung bürokratischer Normen durch den Landtag Brandenburg. Doch: Nur durch die enge Zusammenarbeit des Landes Brandenburg mit der Wirtschaft und den Kommunen können wir konkrete Lösungen entwickeln, um die immense Bürokratiebelastung zu senken.

Dies zeigt nicht zuletzt der Blick auf die Zahlen, denn rund 25 Prozent des Gesamtpersonalbestandes im Bauhauptgewerbe sind in irgendeiner Form mit der Erledigung bürokratischer Aufgaben befasst. Besonders drastisch: Ganze 60 Prozent der Unternehmen verzichten gar auf Ausschreibungen wegen überzogener Anforderungen. Das hemmt Innovation und Wertschöpfung – besonders in kleinen und mittleren Unternehmen. Ein Umstand, der in dieser Legislaturperiode auch im Parlament besprochen werden muss.



Quelle: Schwarzbuch Bauwirtschaft 2024 | Bürokratiebelastung in der Bauwirtschaft

SACHSEN

Wohnungsbau in Sachsen: Staatministerin Kraushaar debütiert im Landtag

Am 19. Dezember 2024 gab **Regina Kraushaar**, Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung, ihr Debüt im Sächsischen Landtag. Die Debatte, angestoßen durch Anträge von DIE LINKE. und Bündnis 90/Die Grünen, drehte sich um die Fragen des Wohnungsbaus, Mieterschutzes und der Wohnraumförderung.

Die Staatsministerin betonte die Notwendigkeit, den Wohnungsmarkt durch Neubau und Instandsetzung zu entlasten und lehnte gleichzeitig einen Mietendeckel als rechtlich fragwürdig ab. Die sächsische Mietpreisbremse für Dresden und Leipzig läuft 2025 aus, eine Verlängerung werde aktuell geprüft. Sie warnte jedoch vor zu langen Fristen, da diese die Eigentumsrechte unverhältnismäßig einschränken könnten.

Positiv hob die Staatsministerin die Novelle der Landesbauordnung hervor, die Maßnahmen wie den

genehmigungsfreien Dachgeschossausbau, die Ermöglichung des Gebäudetyps E oder Lockerungen bei der Stellplatzpflicht erleichtere. Auch die Wohnraumförderung bleibt zentral: Bis Ende 2024 wurden 200 Mio. Euro für sozialen Wohnungsbau gebunden, ergänzt durch Programme zur barrierefreien und klimafreundlichen Modernisierung. Die Eigenheimförderung wurde 2024 auf 135 Mio. Euro gesteigert, wobei ein Großteil in die Bestandssanierung floss.

Während die Opposition strengere Mieterschutzregeln, eine Koppelung der Förderung an Baukostenindizes und Bürokratieabbau forderte, kritisierte die Staatsministerin die starren Bundesvorgaben für Fördermittel, die Sachsen oft zur Rückgabe zwingen, weil sie nicht flexibel eingesetzt werden können. Schließlich versprach die Infrastrukturministerin, den Dialog mit allen Akteuren zu intensivieren, um zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln.

SACHSEN-ANHALT

› Gespräch mit den Landesbauverwaltungen

Die Mitgliedsunternehmen aus Sachsen-Anhalt trafen sich am 9. Dezember 2024 zu ihrer traditionellen »Adventsrunde« in der Geschäftsstelle Magdeburg. **Falko Balzer**, Referatsleiter Hochbau im Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, stellte die geplanten Investitionen des Landeshochbaus für die Jahre 2025 und 2026 vor. **Andreas Grobe**, Geschäftsführer des Landesbetriebes Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt, gab einen Überblick über abgeschlossene und laufende Baumaßnahmen seiner Behörde. Zudem informierte er über das prognostizierte Bauvolumen von Bund und Land für die

Jahre 2024 bis 2028 sowie die Entwicklung des Mittelabflusses im Landesbau im Verhältnis zum Haushaltsansatz. **Dr. Stefan Hörold**, Präsident der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt, und **Melanie Sorgatz**, Referatsleiterin Straßenbau- und -betrieb im Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt, stellten das Bau- und Sanierungsprogramm für Straßen und Brücken in Sachsen-Anhalt für das Jahr 2025 vor. **Martina Große-Sudhues**, Direktorin des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt, informierte über die geplanten Projekte im Bereich Hochwasserschutz im Jahr 2025.

SACHSEN-ANHALT

› Sachsen-Anhalt steht vor Novelle des Vergabegesetzes

Das CDU-geführte Wirtschaftsministerium will das Tariftreue- und Vergabegesetz novellieren und insbesondere Bürokratie abbauen. Am 9. Dezember 2024 nahm so der Bauindustrieverband Ost (BIVO) an einem Verbändedialog mit Wirtschaftsminister **Sven Schulze** teil und gab Einblicke in die Baupraxis.

In einer lebhaften Diskussion äußerten Vertreter von Kammern, Verbänden und Vergabestellen Kritik und Verbesserungsvorschläge zur geplanten Gesetzesnovelle. Minister Schulze betonte die politischen Herausforderungen und kündigte weitere Beratungen an.

Am 19. Dezember 2024 debattierte der Landtag über einen AfD-Antrag zur Abschaffung des gesamten Tariftreue- und Vergabegesetzes. Während die CDU und FDP Bürokratieabbau forderten, verteidigten SPD, LINKE und Grüne das Gesetz als notwendig für faire Löhne. Der Antrag wurde in den Wirtschaftsausschuss zur weiteren Behandlung verwiesen. Das Ministerium arbeitet nun auf Grundlage der Vorschläge der Verbändelandschaft an einem neuen Entwurf, der den Fraktionsspitzen im Landtag vorgestellt wird. Der BIVO bleibt aktiv beteiligt und informiert seine Mitgliedsunternehmen über die weiteren Entwicklungen.

› Verjährung des Anspruchs auf Bauhandwerkersicherung beginnt taggenau mit der Geltendmachung und nur in der jeweils geforderten Sicherheitshöhe zu laufen!

Der Fall:

Zwischen einem Planer (P) und einem Besteller (B) besteht ein 2015 geschlossener Planervertrag. Mit Schreiben vom 15.10.2018 verlangt P erfolglos eine Bauhandwerkersicherung in Höhe von 1,443 Mio Euro. Mit Schlussrechnungslegung am 14.06.2021 fordert P wiederum erfolglos eine Sicherheit in Höhe von 3,594 Mio. Euro. Mit am 25.11.2021 eingegangener Klage begehrt P, den B dazu zu verurteilen, eine Bauhandwerkersicherung in Höhe von insgesamt 4,318 Mio. Euro zu stellen. B beruft sich auf Verjährung.

Die Entscheidung:

Der Bundesgerichtshof entscheidet mit Urteil vom 21.11.2024 (Az.: VII ZR 245/23), dass der von P verfolgte Anspruch in Höhe von 1,443 Mio. Euro verjährt ist. Für den Anspruch aus § 648a BGB alter Fassung (jetzt § 650f Abs. 1 Satz 1 BGB) gilt die regelmäßige dreijährige Verjährungsfrist des § 195 BGB. Diese beginnt taggenau mit dem Verlangen des Unternehmers zu laufen. Insoweit erfolgte die Klageerhebung zu spät. Für den weitergehenden, erst ab 2021 von P mit der Klage verfolgten Betrag in Höhe von 2,875 Mio. Euro, trat dagegen noch keine Verjährung ein. Vereinbaren die Parteien eines Bauvertrages im Anschluss an ein erstes Sicherungsverlangen des Unternehmers eine Nachtragsvergütung, ist es bereits denkgesetzlich ausgeschlossen, dass die Verjährung des Sicherungsanspruchs in Höhe der Nachtragsvergütung schon mit einem früheren Sicherungsverlangen zu laufen begann. Das erste Sicherungsverlangen kann sich nicht auf einen zu diesem Zeitpunkt noch nicht existenten Werklohnanspruch beziehen. Aber auch dann, wenn der Unternehmer mit einem ersten Sicherungsverlangen nur die Absicherung eines Teilbetrags der zu diesem Zeitpunkt vereinbarten Vergütung - etwa in Höhe aktuell offener Abschlagsrechnungen - fordert, beginnt die Verjährungsfrist nur in der Höhe zu

laufen, in der er die Sicherheit verlangt. Fordert der Unternehmer nur einen Teilbetrag der ihm zustehenden Sicherheit, wird dies regelmäßig darauf zurückzuführen sein, dass er keinen Anlass sieht, die Sicherheit in voller Höhe zu fordern, etwa weil er dies im Hinblick auf die Bonität des Bestellers nicht für erforderlich erachtet, er die Kosten der Sicherheit geringhalten oder das Verhältnis der Vertragsparteien nicht durch Geltendmachung der vollen Sicherheit belasten möchte. Wäre der Unternehmer allein wegen drohender Verjährung gehalten, die Sicherheit in voller Höhe geltend zu machen und gegebenenfalls einzuklagen, würde dies den Interessen der Beteiligten nicht gerecht. Somit hemmte P hinsichtlich des weitergehenden Umfangs von 2,875 Mio. Euro die Verjährung rechtzeitig durch seine Klageerhebung, weil er die Sicherheit insoweit erst mit dem zweiten Sicherungsverlangen vom 14.06.2021 bzw. mit der Klage geltend gemacht hatte.

Praxishinweis:

Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes hat erhebliche Auswirkungen auf die Praxis, da sie insbesondere dem sicherungsberechtigten Unternehmer Rechtssicherheit gibt. Die Unternehmer sollten daher stets darauf achten, wann und in welcher Höhe sie ein Sicherheitsverlangen gestellt haben, um letztlich ihre Ansprüche nicht infolge von Verjährung zu verlieren und diese noch rechtzeitig im Wege der Klage geltend machen zu können.



➤ Harzer Bergtheater: Umbau für eine neue Ära der Kultur im Herzen des Harzes

STRABAG AG
Niederlassung Halberstadt

Niederlassungsleiter:
Kevin Stauch

T +49 3941 6828-42
E kevin.stauch@strabag.com

Tätigkeitsschwerpunkte:
Asphaltbau
Entwässerungssysteme
Erdbau
Hoch- & Ingenieurbau
Kanal- & Rohrleitungsbau
Pflasterarbeiten
Spezialtiefbau
Tiefbau

STRABAG AG
Gruppe Halberstadt
Kruggang 1
38820 Halberstadt

www.strabag.de



Das 1903 gegründete Harzer Bergtheater gehört zu den ältesten Naturtheatern Deutschlands. Aufgrund des maroden baulichen Zustands des Gebäudes beschloss die Stadt Thale dessen Sanierung, in die laut Magdeburger Wirtschafts- und Tourismusministerium insgesamt rund 9,2 Millionen Euro fließen. Zielsetzung ist die Aufstockung der Platzkapazität insbesondere für Großveranstaltungen von 1.350 auf 1.900 Plätze, die Erhöhung der Attraktivität der Region sowie die Steigerung des Wiedererkennungswertes des Gebietes an sich.

Die STRABAG AG wurde dabei mit einem Großteil der technischen Sanierungsarbeiten beauftragt – diese umfassen die Umbauarbeiten am Harzer Bergtheater selbst, die Sanierung der Zuwegungen und den Rohbau des VIP-Gebäudes. Baubeginn war der 14. März 2022. Eine erhebliche bauliche Herausforderung stellte im Rahmen des Projekts die Sanierung der Bestandtribüne dar. Nicht nur aus bautechnischen, sondern auch aus sicherheitstechnischen Gründen wurden hier mehrere Ausführungsmöglichkeiten intensiv diskutiert.

Ursprünglich sah die Technologie der Auftraggeberseite vor, die Sitzbänke und das Pflaster von unten beginnend aufzunehmen und auf der nächsthöheren Reihe für den späteren Wiedereinbau zwischenzulagern. Die Hinterfüllung der Winkelstützen sollte aufgenommen und nach erfolgter Lageverschiebung mit Beton wiederverfüllt werden. Aufgrund der fehlenden Standsicherheit der Winkelstützen fiel die Entscheidung schließlich für eine andere Ausführungsvariante. Die Hinterfüllung der insgesamt 19 Sitzreihen

wurde letztlich von oben nach unten lagenweise ausgehoben und wieder verfüllt. Die Lagesicherung erfolgte mittels Längsseisen und Steckbügel.

Eine weitere nicht zu unterschätzende Herausforderung stellt seit Baubeginn der Baustellenverkehr dar. Nicht nur wegen der Arbeiten am Bergtheater, wo viele weitere Gewerke tätig sind, sondern auch aufgrund der umfangreichen Bauarbeiten am Hexentanzplatz, einem Touristenhotspot in unmittelbarer Nähe zum Bergtheater. Für beide Maßnahmen stehen nur zwei Zufahrtsstraßen zur Verfügung, welche zudem durch die STRABAG AG im selben Zeitraum saniert wurden. Aus diesem Grund war ein durchdachtes Verkehrskonzept unerlässlich. Die Arbeiten sind voraussichtlich im April 2025 abgeschlossen.

STRABAG SE ist ein europäischer Technologiekonzern für Baudienstleistungen, führend in Innovation und Kapitalstärke. Das Angebot umfasst sämtliche Bereiche der Bauindustrie und deckt die gesamte Bauwertschöpfungskette ab. Wir schaffen Mehrwert für unsere Kund:innen, indem wir Bauwerke ganzheitlich, über den gesamten Lebenszyklus betrachten – von der Konzeption über die Planung und Errichtung, den Betrieb und das Facility Management bis hin zur Umnutzung oder zum Rückbau. Durch das Engagement der rd. 86.000 Mitarbeiter:innen erwirtschaftet das Unternehmen jährlich eine Leistung von etwa 19 Milliarden Euro. Gemeinsam, im Schulterschluss mit starken Partner:innen, verfolgt das Unternehmen ein klares Ziel: klimaneutral und ressourcenschonend planen, bauen und betreiben.



Besuch von Forschenden im DFG-geförderten Schwerpunktprogramm 2388 »Hundert plus« am openLAB (Foto: Stefan Gröschel, TU Dresden)

Digitale Zwillinge für eine vorausschauende Instandhaltung von Brücken

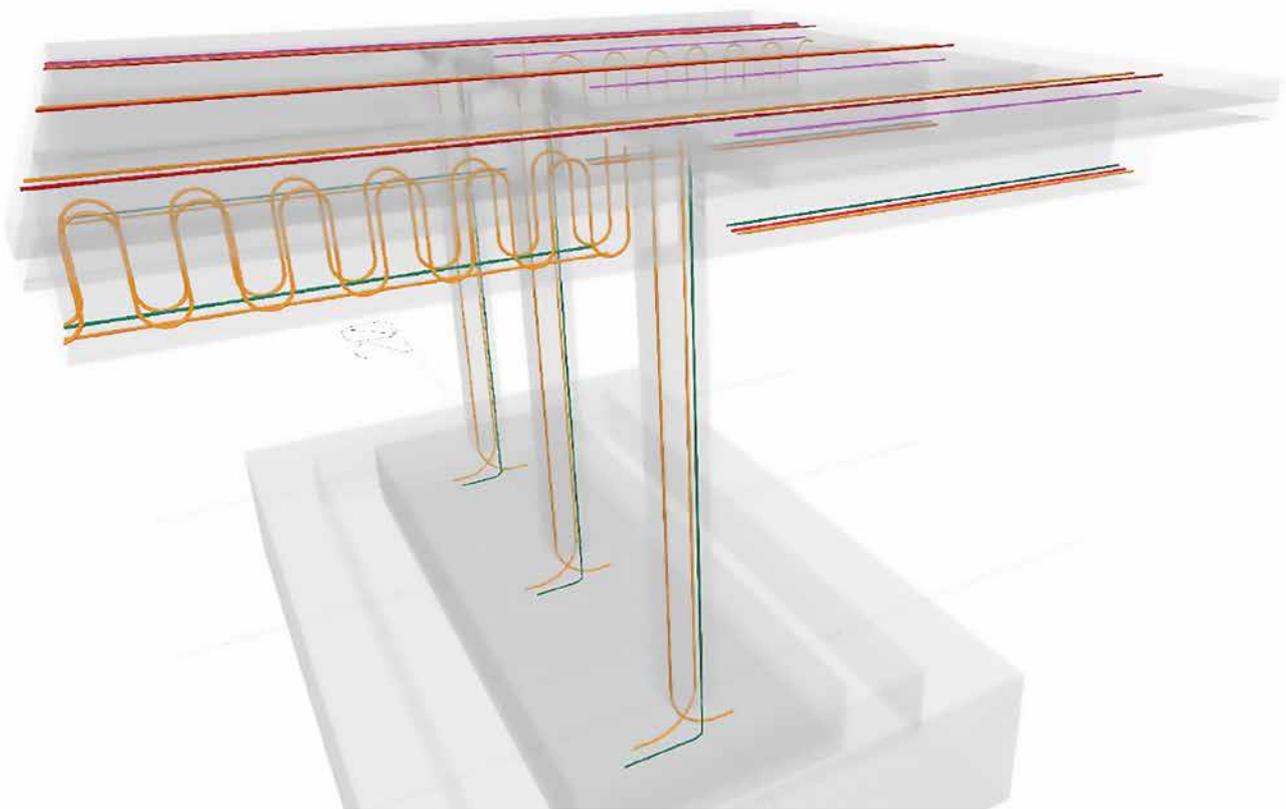
Die Verkehrsinfrastruktur bildet das Rückgrat moderner Gesellschaften, ist jedoch aufgrund steigender Verkehrseinwirkungen, fortschreitender Alterung und mangelnder Investitionen in die Instandhaltung stark beansprucht. Ein effizientes Bauwerksmonitoring kann ein entscheidendes Instrument sein, um frühzeitig Anomalien zu erkennen und Instandhaltungsmaßnahmen gezielt einzuleiten.

Um die großen Datenmengen, die beim kontinuierlichen Monitoring anfallen, effizient auswerten zu können, bedarf es Methoden, die kritische Zustandsänderungen am Bauwerk automatisiert anzeigen. Das vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr geförderte Forschungsprojekt IDA-KI (Infrastrukturdatenauswertung mithilfe künstlicher Intelligenz) verfolgt das Ziel, Verfahren zur automatisierten Auswertung von Monitoringdaten an Brückenbauwerken zu entwickeln und zu validieren. Zentraler Bestandteil ist der Großdemonstrator openLAB – eine 45 m lange Forschungsbrücke in Spannbetonbauweise, die mit einem umfangreichen

Monitoringsystem ausgestattet ist. Mit jedem der drei Felder wird ein eigener Forschungsschwerpunkt verfolgt: Schäden im Bestand in Feld 1, State of the Art in Feld 2 und neue Bauweisen in Feld 3.

Bei der installierten Messtechnik wird zwischen lokal und global messenden Sensoren unterschieden. Ein Teil der Messtechnik, wie z. B. verteilte faseroptische Sensoren (DFOS), wurde bereits vor der Betonage installiert, sodass ein Monitoring ab »Stunde null« realisiert werden konnte. DFOS ermöglichen präzise Dehnungs- und Temperaturmessungen, wodurch beispielsweise der Vorspannprozess oder die Entwicklung des Rissbildes überwacht werden können.

Nach einer einjährigen Referenzphase, während der die Brücke Umwelteinwirkungen und simulierten Verkehrseinwirkungen ausgesetzt ist, werden gezielte Belastungsversuche bis in den Bereich der starken Schädigung durchgeführt. Dadurch kann eine einzigartige Datenbasis für die Validierung von Schadensdetektionsmethoden geschaffen werden.



Verteilte faseroptische Sensoren bilden ein künstliches Nervensystem der Brücke (Visualisierung: Hentschke Bau GmbH, Bautzen)

Sämtliche Informationen aus der Planung, dem Bau und dem Betrieb werden in einem digitalen Zwilling zusammengeführt und bilden damit die Grundlage für eine kontinuierliche Zustandsbewertung. Das openLAB wird auch externen Forschungsgruppen zur Verfügung gestellt, um neue Monitoringentwicklungen unter realen Bedingungen zu erproben. Die im Projekt gewonnenen Erkenntnisse tragen dazu bei, die Effizienz und Zuverlässigkeit des Bauwerksmonitorings zu steigern und langfristig den Erhalt von Infrastrukturbauwerken zu sichern.

Weitere Informationen zum Projekt können folgender Veröffentlichung und der Projektwebsite entnommen werden:

Herbers, M. et al.: openLAB–Eine Forschungsbrücke zur Entwicklung eines digitalen Brückenzwillings. Beton- und Stahlbetonbau 119 (3), 2024, S. 169–180.

<https://tu-dresden.de/bu/bauingenieurwesen/imb/forschung/grossprojekte/openLAB>

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Steffen Marx

Technische Universität Dresden
Fakultät Bauingenieurwesen
Institut für Massivbau
01062 Dresden

T 0351 463-35856
steffen.marx1@tu-dresden.de

Max Herbers, M. Sc.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Technische Universität Dresden
Fakultät Bauingenieurwesen
Institut für Massivbau
01062 Dresden

T 0351 463-39620
max.herbers@tu-dresden.de

Aus dem Verband

Regionalgespräche

Berlin

Das traditionelle vorweihnachtliche Regionalgespräch in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft bot den Berliner Mitgliedern einmal mehr Gelegenheit zum Austausch. Am 2. Dezember 2024 wurden – wenige Monate vor der Bundestagswahl – die Herausforderungen und Perspektiven der Bauwirtschaft in den Blick genommen. **Marcus Becker**, Vizepräsident für Berlin und Geschäftsführer der Kondor Wessels Bouw Berlin GmbH, eröffnete die Veranstaltung mit einem durchaus optimistischen Ausblick auf das Jahr 2025. Trotz eines schwierigen Marktes sieht er in stabileren Rahmenbedingungen und dem politischen Auftrag der öffentlichen Hand – sie muss bauen – Chancen und forderte verlässliche Förderprogramme, insbesondere für den Wohnungsbau. Als bundespolitischen Gast durfte die Runde **Claudia Tausend**, damaliges Mitglied im Bauausschuss des Deutschen Bundestages, begrüßen. Sie beleuchtete unter anderem die politischen Herausforderungen, mit denen sich die Bauindustrie konfrontiert sieht. Das obligatorische Abschiedsfoto vor dem wie immer festlich geschmückten Baum durfte natürlich nicht fehlen.

Berlin/Brandenburg

Den Berliner und Brandenburger Mitgliedern bot sich am 27. November 2024 die Möglichkeit, einen exklusiven Einblick in ein neues Prestigeprojekt der Bundeshauptstadt zu erhalten: Der *ESTREL TOWER* im Stadtteil Neukölln wird Berlins höchstes Haus und sogar das höchste Hotel Deutschlands. Der beeindruckende Turm wächst unaufhaltsam in den Himmel: Mit einer erreichten Höhe von 150 Metern hat er bereits die magische Grenze zum Wolkenkratzer überschritten. Nach seiner Fertigstellung wird das Gebäude stolze 176 Meter in den Himmel ragen. Das ehrgeizige Bauvorhaben an der Sonnenallee wird in diesem Jahr fertiggestellt und Berlins Skyline nachhaltig prägen. Berlins Staatssekretär für Bauen aus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, **Alexander Slotty**, betonte in seinem Grußwort die Wichtigkeit derartiger Hochausbau-

projekte für die Stadt und gab einen Ausblick auf das Schnellere-Bauen-Gesetz, das noch im vergangenen Jahr verabschiedet wurde.

Dresden

Am 12. Dezember 2024 fand das letzte Treffen des Jahres der Mitgliedsunternehmen der Region Dresden im *Hans-Steyer-Stadion* in Dresden statt. **Kay-Uwe Panzer**, der Technische Geschäftsführer der ZECH Sports GmbH, stellte zunächst die Struktur der ZECH Group vor und im Anschluss das Projekt Umbau Heinz-Steyer-Stadion. Danach besichtigten die Teilnehmer das Stadion und die Funktionsgebäude. Das Treffen endete mit einem vorweihnachtlichen Essen, welches von der ZECH Hochbau AG, Niederlassung Dresden, gesponsert wurde.

Chemnitzer Unternehmertreffen 2024 – Netzwerken aus Tradition

Das Chemnitzer Unternehmertreffen 2024 brachte in festlicher Vorweihnachtsstimmung Bauunternehmer aus der Region in Oberwiesenthal zusammen. Vom 6. bis 8. Dezember traf man sich im *Jens Weißflog Hotel*, um sich auszutauschen, Kontakte zu pflegen und neue Impulse zu sammeln. Das Treffen bot ein abwechslungsreiches Programm: Neben einer Fahrt mit der Fichtelbergbahn und Einblicken in die Kunst der Räucherkerzenherstellung standen auch Führungen im historischen Silberbergwerk sowie ein Vortrag von der Skisprunglegende **Jens Weißflog** auf dem Plan. Abgerundet wurden die Tage durch geselliges Beisammensein bei Glühwein und gemeinsamen Abendessen. Diese Kombination aus Tradition und Netzwerken hat die Verbundenheit gestärkt und die immense Bedeutung persönlicher Begegnungen verdeutlicht.

Sozialpolitischer Ausschuss

Am 26. November 2024 tagte der Sozialpolitische Ausschuss. Im Rahmen der Sitzung erläuterten **Oliver Dober** und **Annika Sommer** von der Deutschen Rentenversicherung Bund anhand zahlreicher Schautafeln und Grafiken ihr Vorgehen bei Betriebsprüfungen.

Anschließend informierte **Anne Magiera**, Rechtsanwältin beim Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., über die aktuellen Verhandlungsstände mit der Gewerkschaft IG BAU. Dabei standen insbesondere die Anpassung der Erstattungsätze für überbetriebliche Ausbildungszentren im BBTV, die Vorstellungen der Gewerkschaft zur weiteren Ost-West-Angleichung im TV TZA und TV TZR, die Entgeltumwandlung für Mobilität und soziale Absicherung im Rahmen eines Tarifvertragsentwurfs sowie der aktuelle Sachstand zur Winterbeschäftigungsumlage und die Einsatzmöglichkeiten vorhandener »Übermittel« im Fokus. Zu diesen Themen entwickelte sich im Nachgang eine lebhafte Diskussion.

Zum Abschluss der Sitzung diskutierten die Teilnehmer den Verlauf der Tarifrunde 2024. Dabei wurde insbesondere hinterfragt, wie die Meinungsbildung in diesem Gremium stattfand, welche Aspekte gut oder weniger gut verliefen und welche Erkenntnisse für zukünftige Tarifverhandlungen daraus abgeleitet werden können.

Arbeitskreis Digitalisierung

Am 12. Dezember 2024 kamen die Mitglieder des Arbeitskreises Digitalisierung online zusammen. Das Topthema an diesem Tag – der Einsatz des Building Information Modeling (BIM) im Bundesbau – wurde fachkundig von den beiden Referentinnen **Britta Winkler** und **Laura Fortuniak** von der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH, beigesteuert. Die PD ist ein Beratungsunternehmen für Bund, Länder, Kommunen sowie andere öffentliche Körperschaften und Einrichtungen. Im Rahmen des Impulses wurde auch der bisherige Verlauf des Masterplans BIM für Bundesbauten vorgestellt. Das Team des Bundesbaus in der PD übernimmt nicht nur Aufträge der Bundesministerien, sondern auch der Häuser der Landesregierungen, wie dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg (MIL). Nach Auskunft der PD gebe es BIM-starke Bundesländer, wie Hamburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen und eher langsam agierende Länder. Zudem wurde die immense Wichtigkeit des Change Managements bei der Implementierung von BIM betont. Im zweiten Teil der Sitzung gab es eine weitere Vorstellung eines ConTech-Unternehmens. Die points2bim GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer **Dr. Mario Geißler**, ist nach eigener Aussage Marktführer im Bereich der vollautomatisierten Modellierung von BIM-Modellen auf Grundlage von Punktwolken. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises Digitalisierung findet am 18. März 2025 in Magdeburg statt.

Personal



Angela Carlsson

unterstützt seit Januar 2025 den Bauindustrieverband Ost als Referentin Personal und kümmert sich um die Fachkräftegewinnung für das BIVO-Hauptamt.

T 0331 7446-146

E angela.carlsson@bauindustrie-ost.de

Carl Wolfgang Finck führt HDB-Lenkungsausschuss Umwelt



Carl Wolfgang Finck (l.), Geschäftsführer unseres Mitgliedsunternehmens RST Ingenieurbau GmbH in Thale, ist Anfang Dezember 2024 zum Vorsitzenden des Lenkungsausschusses Umwelt des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB) gewählt worden. Der Bauindustrieverband Ost wünscht viel Schaffenskraft und bedankt sich für die ehrenamtliche Arbeit im Dachverband in Berlin!

Termine

18.03.2025	Arbeitskreis Digitalisierung in Magdeburg
25.03.2025	Fachabteilung Straßenbau, Regionalgruppe Sachsen-Anhalt in Magdeburg
27.03.2025	Netzwerk Junge Führungskräfte online
02.04.2025	Regionalgespräch Leipzig/Halle in Leipzig
03.04.2025	Arbeitskreis Baurecht in Potsdam
09.04.2025	Regionalgespräch Chemnitz in Glauchau
15.04.2025	Regionalgespräch Dresden in Dresden
29.04.2025	Regionalgespräch Sachsen-Anhalt in Magdeburg
13.05.2025	Ausschuss für Personalentwicklung in Dresden
23.05.2025	Mitgliederversammlung und Bautag in Magdeburg
24.06.2025	Fachabteilung Leitungsbau Ost in Potsdam
28.08.2025	Sommerfest in Potsdam

Baukonjunktur in Zahlen

Kapazitäten

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis Dezember 2024		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland
		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Betriebe	Anzahl	255	336	605	302	2.023
	% zu Jan – Dez'23	-8,3	-4,6	-4,9	-1,2	-3,9
Tätige Personen ¹	Anzahl	15.453	18.355	32.241	17.033	107.878
	% zu Jan – Dez'23	-4,8	+3,5	-2,3	-0,8	-1,0
Bruttoentgeltsumme	1.000 EUR	756.558	850.750	1.396.802	743.386	4.790.326
	% zu Jan – Dez'23	+3,2	+10,3	+4,2	+5,1	+5,6

¹ Personen, die ausschließlich für die Erbringung von baugewerblichen Leistungen der Unternehmen tätig sind.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bauindustrieverband Ost e. V.

Januar – Dezember 2024

Gebiet Bauindustrieverband Ost
Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr

Kapazitäten
Auftragseingang
Umsatz

Auftragseingang

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis Dezember 2024		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland
		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Gesamt	1.000 Euro	2.775.916	3.004.997	6.364.094	2.963.379	19.321.241
	% zu Jan – Dez'23	-16,4	-4,4	+7,0	+11,1	+1,3
Wohnungs- bau	1.000 Euro	1.502.578	1.152.115	2.406.251	748.720	7.289.696
	% zu Jan – Dez'23	-25,6	-9,8	+1,2	-4,7	-10,0
Wirtschafts- bau	1.000 Euro	1.273.329	1.852.882	3.957.835	2.214.663	12.031.545
	% zu Jan – Dez'23	-2,2	-0,8	+11,0	+17,7	+9,6
Öffentlicher Bau	1.000 Euro	741.225	1.019.179	2.725.064	1.287.474	8.006.696
	% zu Jan – Dez'23	+2,0	-1,7	+19,7	+25,3	+12,2
darunter Straßenbau	1.000 Euro	343.225	622.033	1.132.083	754.895	3.907.542
	% zu Jan – Dez'23	+0,6	+7,3	+3,9	+20,8	+11,7

Umsatz

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis Dezember 2024		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland
		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Gesamt ²	1.000 Euro	4.195.823	4.158.904	6.724.180	3.065.521	22.816.331
	% zu Jan – Dez'23	+0,3	+4,4	-3,0	+2,7	+0,2
Wohnungs- bau	1.000 Euro	1.736.147	949.494	659.867	291.035	4.283.501
	% zu Jan – Dez'23	-6,0	-23,7	-24,3	-22,3	-17,0
Wirtschafts- bau	1.000 Euro	1.486.548	1.827.884	3.478.439	1.563.012	10.154.409
	% zu Jan – Dez'23	+4,4	+17,4	-1,7	+7,1	+4,1
Öffentlicher Bau	1.000 Euro	973.130	1.381.525	2.585.874	1.211.460	8.378.425
	% zu Jan – Dez'23	+6,7	+16,9	+2,5	+5,2	+6,8
darunter Straßenbau	1.000 Euro	416.005	630.851	1.174.482	662.131	3.840.727
	% zu Jan – Dez'23	+16,8	+5,7	+8,3	+7,0	+9,3

² Einschließlich sonstiger Umsatz (= Umsatz aus nichtbaugewerblichen Leistungen von Bauunternehmen)



BiB
Bau im Blick

IMPRESSUM

Ausgabe: 01 | 2025
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Herausgeber: Bauindustrieverband Ost e. V.
Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam
T 0331 74 46-0
F 0331 74 46-166
E info@bauindustrie-ost.de

**Haupt-
geschäftsführer:** Dr. Robert Momberg

**Verantwortlich
für die Redaktion:** Daniel Anger
Ressortleiter Politik und
Kommunikation

**Redaktions-
mitarbeit:** Dr. Robert Momberg
Mathias Kahrs
Herbert Mackenschins
Hubertus Nelleßen
Philip Ney
Dmytro Omelchenko
Michael Schmidt

Layout/Satz: markenzoo eG, Dr. Sven Lehmann
Dresden 2025

Fotonachweis: Bauindustrieverband Ost e. V.

Druck: addprint AG, Bannewitz/OT Possendorf